



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1963

Montag, den 30. September 1963

Nr. 39

Inhalt:	Seite:	Seite:
Der Hessische Ministerpräsident Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 8. bis 12. 9. 1963	1121	Neufassung der Gebührenordnung für Leistungen des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung 1127
Der Hessische Minister des Innern Wahrnehmung der Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens in der Gemeinde Bergen-Enkheim	1122	Einstellung von Beamtenanwärtern für den mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr 1127
Richtlinien über Lagerbehälter aus Stahl für flüssige Brennstoffe (Öltankrichtlinien)	1122	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten Anordnung betr. Wildschutzgebiet „Fasanerie Klein-Auheim“ 1127
Baulandumlegungen nach den §§ 145 ff. des Bundesbaugesetzes	1122	Verwaltungsänderungen der hessischen Forstverwaltung; hier: Umorganisation im Hessischen Forstamt Neuweilnau 1128
Der Hessische Minister der Finanzen Kinderzuschlag für Arbeiter; hier: Auswirkung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 4. 7. 1963	1124	Flurbereinigung Goddelau, Kreis Groß-Gerau 1128
Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter und Angestellten in den Verwaltungen und Betrieben der Länder — Siebenter Tarifvertrag vom 13. Dezember 1962 zur Änderung der Tarifverträge über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vom 31. Juli 1955 und 4. Februar 1957; hier: Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund —	1124	Flurbereinigung Wolfskehlen, Kreis Groß-Gerau 1128
Der Hessische Minister der Justiz Einstellung von Rechtspflegeranwärtern	1125	Personalmeldungen C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1129
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr Gesetz über die Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (Kraftfahrzeugsteuer-verbundgesetz); hier: Einmalige Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge	1125	F. im Bereich des Hessischen Kultusministers 1131
		H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen 1133
		I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten 1134
		Regierungspräsidenten DARMSTADT Benennung von Gemeindeteilen im Landkreis Offenbach/Main 1134
		KASSEL Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Erdmannrode, Kreis Hünfeld 1134
		Erlöschchen einer Bestellung als Sachverständiger und Schätzer 1135
		Öffentlicher Anzeiger 1135

982

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 8.—12. 9. 1963

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 62 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen

Juli 1963 — 18. Jahrgang

Preis
DM

1,50

Aus dem Inhalt:

- Die Wohngebäude in Hessen nach Gebäudetypen
- Die regionale Verteilung der Arbeitsstätten und ihrer Beschäftigten
- Die Leistung der kreisfreien Mittelstädte im Bereich der Dienstleistungen
- Parzellierung, Flurbereinigung und landwirtschaftliche Siedlung in Hessen und in den anderen Bundesländern
- Ernteaussichten 1963 in Hessen

Staat und Wirtschaft in Hessen

August 1963 — 18. Jahrgang

1,50

Aus dem Inhalt:

- Der Hausbesitz in Hessen 1961
- Die Haushalte in Hessen 1961 nach der Größe

Personenkraftwagendichte in den Landkreisen und kreisfreien Städten 1960 und 1963

Das Vermögen der nichtnatürlichen Personen am 1. Januar 1960
Der Obstbau in Hessen

Hessische Gemeindestatistik 1960/61

Heft 4

Betriebsstruktur der Landwirtschaft

4,—

Statistische Berichte

AO/VZ 1961 — 6 I

Die Erwerbspersonen nach Wirtschaftsbereichen und -abteilungen und Stellung im Beruf am 6. 6. 1961

2,—

* **A I 1 — A IV 5 vj 1/63**

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 1. Vierteljahr 1963

1,50

* **B I 3 — j/63**

Die Studierenden an den Hochschulen in Hessen im Sommersemester 1963

—,50

B II 5 — j/62

Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahre 1962

1,—

* **C II 3 — m 8/63** (erscheint nur für Mai bis Oktober)

Ernteberichterstattung über Ost in Hessen im August 1963

—,50

* C III 2 — m 7/63 Die Schlachtungen in Hessen im Juli 1963	—,50	* H II 1 — m 7/63 Die Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 1963	1,—
* E II 1 — vj 2/63 Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 1963	—,50	L I u. L II/S — vj 1/63 Landes-, Bundes- und Gemeindesteuern in Hessen im 1. Vierteljahr 1963	—,50
* F I 1 — m 7/63 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Juli 1963	1,—	L I 5 — j/61 (Stat. Ber. mit festem Umschlag) Das Personal der hessischen Verwaltung am 2. Oktober 1961	2,50
* F II 1 — 6/63 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Juni 1963	—,50	M I 1 — m 7/63 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Juli 1963	1,—
* F II 1 — 7/63 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im Juli 1963 (mit Kreisergebnissen für das 2. Vierteljahr 1963)	—,50	M I 5 — j/62 Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe in Hessen 1959 bis 1962	1,—
* G I 1 — m 7/63 Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Hessen im Juli 1963 (Umsatzmeßzahlen)	—,50	Wiesbaden, 12. 9. 1963	
H I 4 — m 6/63 Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Juni und im 1. Halbjahr 1963	—,50	Hessisches Statistisches Landesamt Z 2 c 1 Az.: 77a 241/63 StAnz. 39/1963, S. 1121	

983

Der Hessische Minister des Innern

Wahrnehmung der Aufgaben auf dem Gebiet des Paßwesens in der Gemeinde Bergen-Enkheim

Die Gemeinde Bergen-Enkheim hat inzwischen 10 000 Einwohner. Damit sind die bisher von dem Landrat des Landkreises Hanau als Paß- und Sichtvermerksbehörde wahrgenommenen Aufgaben für das Gebiet der Gemeinde Bergen-Enkheim auf diese Gemeinde übergegangen (§ 59 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 — GVBl. S. 131 — in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Verteilung der Aufgaben der Landesverwaltung auf der Kreisstufe vom 24. 3. 1953 — GVBl. S. 39). Sie sind vom Bürgermeister wahrzunehmen (§ 150 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 — GVBl. S. 103 —).

Der Bürgermeister der Gemeinde Bergen-Enkheim ist als Paßbehörde zugleich zuständige Verwaltungsbehörde zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 12 des Paßgesetzes im Sinne meines Runderlasses vom 6. 2. 1953 (StAnz. S. 154).

Wiesbaden, 11. 9. 1963

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 39/1963, S. 1122

984

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, WiesbadenAn den
Magistrat der Stadt Frankfurt (Main)
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt (Main)

Richtlinien über Lagerbehälter aus Stahl für flüssige Brennstoffe (Öltankrichtlinien) vom 13. 7. 1959 (StAnz. S. 861) mit Ergänzungserlassen vom 15. 6. 1960 (StAnz. S. 770), vom 20. 12. 1960 (StAnz. S. 1584), vom 16. 5. 1961 (StAnz. S. 744), vom 5. 12. 1961 (StAnz. S. 1499), vom 19. 4. 1962 (StAnz. S. 681) und vom 29. 3. 1963 (StAnz. S. 474).

Bezug: ohne.

Mit Erlaß vom 19. 4. 1962 (StAnz. S. 681) habe ich mitgeteilt, daß zu den Auffangvorrichtungen im Sinne der Bau- und Prüfgrundsätze des

Prüfausschusses VI für Sicherungsgegenstände bei Lagerung grundwasserschädigender Flüssigkeiten (PA VI), Düsseldorf, Brehmstraße 33,

auch doppelschalige Behälter (Doppelmanteltanks) gehören und diese Tanks auch an Stelle der sonst erforderlichen zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen nach Nr. 13.2 oder 13.3 der Öltankrichtlinien verwendet werden dürfen, sofern ihnen vom PA VI ein Prüfbescheid erteilt und ein Prüfzeichen zugeteilt worden ist.

Nach Nr. 10 der Öltankrichtlinien muß jede Behälteranlage zur unterirdischen Lagerung nach dem Einbau durch einen Sachverständigen (nach Nr. 14 der Öltankrichtlinien) auf ordnungsmäßige Beschaffenheit und Dichtheit geprüft

werden. Bei doppelwandigen Tanks brauchen zu diesem Zweck jedoch lediglich die dafür zugelassenen Leckanzeigevorrichtungen, die letztlich die Dichtheit beider Schalen überwachen, auf ihre Wirksamkeit überprüft zu werden. Nur wenn eine derartige Prüfung nicht durchführbar ist oder negativ ausfällt oder wenn aus anderen Gründen eine Undichtheit zu vermuten ist (z. B. bei sichtbaren Transportschäden), muß eine Dichtheitsprüfung des Behälters entsprechend Nr. 10 der Öltankrichtlinien vorgenommen werden.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen. Ich bitte, die nachgeordneten Behörden entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 30. 8. 1963

Der Hessische Minister des Innern
Va/Vd — 64 b 12/03 — 3/63
StAnz. 39/1963, S. 1122

985

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, WiesbadenAn den
Magistrat der Stadt Frankfurt (Main)
6 Frankfurt (Main)**Baulandumlegung nach den §§ 145 ff. des Bundesbaugesetzes**

Bezug: ohne.

1. Nach § 53 Abs. 1 BBauG fertigt die Umlegungsstelle eine Karte (Bestandskarte) und ein Verzeichnis (Bestandsverzeichnis) der Grundstücke des Umlegungsgebietes an. Die Bestandskarte weist die bisherige Lage, die Größe und die Nutzung der Grundstücke des Umlegungsgebietes aus und bezeichnet die Eigentümer. Eine namentliche Aufführung der Eigentümer in die Bestandskarte ist nicht erforderlich und auch nicht zweckdienlich. Sie wird in der Regel dazu führen, daß die Karte unübersichtlich wird und an Lesbarkeit verliert. Aus rechtsstaatlichen Gründen wird es in einem solchen Falle notwendig sein, von einer namentlichen Eintragung der Eigentümer in die Karte abzusehen und sich mit einem Hinweis auf eine andere Fundstelle zu begnügen.

Der Mangel der Unübersichtlichkeit kann dadurch behoben werden, daß der Bestandskarte ein besonderes Eigentümerverzeichnis angefügt und mit den Ausweisungen der Karte durch gleiche Kennzeichnung der Grundstücke und der zugehörigen Eigentümer (z. B. durch gleiche Ordnungsnummern) verbunden wird. Die Bestandskarte kann aber auch auf die Eigentümerangaben in dem Bestandsverzeichnis verweisen, sofern die Kennzeichen die Fundstelle im Bestandsverzeichnis eindeutig und leicht auffindbar bestimmen.

Im Gegensatz zu § 53 Abs. 1 Satz 3 wird in § 53 Abs 1 Satz 2 nicht das Wort „aufführen“, sondern das Wort „bezeichnen“ verwendet. Daraus ergibt sich, daß die Eigentümer in der Bestandskarte nicht „aufgeführt“, also nicht na-

mentlich genannt zu werden brauchen, sondern daß auch jede andere Art der Bezeichnung, somit auch eine Verweisung durch Kennzeichen, sofern sie nur eindeutig und erkennbar ist, genügt.

Es kann allerdings nur auf Fundstellen verwiesen werden, welche das rechtliche Schicksal der Bestandskarte teilen. Das ist bei einem der Bestandskarte angefügten Eigentümerverzeichnis ohne weiteres der Fall, weil dieses Bestandteil der Karte ist. Aber auch das Bestandsverzeichnis ist mit der Bestandskarte untrennbar verbunden. Beide bilden — ähnlich wie Umlegungskarte und Umlegungsverzeichnis (§ 66 BBauG) — eine Einheit. Das ergibt sich aus dem schriftlichen Bericht des Bundestagsausschusses für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht (zu Bundestagsdrucksache 1794 — 3. Wahlperiode — zu § 50, nach dem die Bestandskarte die textliche Darstellung des Besitzstandes im Bestandsverzeichnis bildlich veranschaulichen soll. Sie stellt somit lediglich eine Ergänzung des Bestandsverzeichnisses dar, so daß ihr eine selbständige Bedeutung neben diesem nicht zukommt. Das hat insbesondere zur Folge, daß Bestandskarte und Bestandsverzeichnis nur gemeinsam ausgelegt und nur gemeinsam den Eigentümern und den Inhabern sonstiger Rechte mitgeteilt werden können.

Auf den Erlaß des Hessischen Ministers der Finanzen vom 30. 4. 1963 (StAnz. S. 596), der sich mit derselben Frage befaßt, und auf Nr. 6 Abs. 2 seines Runderlasses vom 6. 2. 1961 (StAnz. S. 225) wird hingewiesen.

2. Nach § 66 Abs. 2 BBauG muß der Umlegungsplan nach Form und Inhalt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster geeignet sein. Über diese Eignung befindet nach § 74 Abs. 2 BBauG das gemäß § 7 Abs. 3 des Katastergesetzes vom 3. Juli 1956 (GVBl. S. 121) für die Führung des Liegenschaftskatasters zuständige Katasteramt. Es stellt hierüber nach § 74 Abs. 2 BBauG eine Bescheinigung aus.

Das Katasteramt kann diese Bescheinigung nur erteilen, wenn der Umlegungsplan und die für die Fortführung des Liegenschaftskatasters erforderlichen kataster- und vermessungstechnischen Unterlagen den §§ 5 und 8 des Katastergesetzes und den zur Durchführung dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften entsprechen. Diese Voraussetzung ist ohne weiteres gegeben, wenn das Katasteramt die vermessungstechnischen Arbeiten selbst ausgeführt hat.

Die Bescheinigung ist vom Katasteramt auf der Umlegungskarte und dem Umlegungsverzeichnis einzutragen. Da diese Bestandteile des Umlegungsplanes im Gesetz als „Urkunden“ bezeichnet werden, ist davon auszugehen, daß die Bescheinigung erst dann ausgestellt werden kann, wenn sie gemäß § 66 Abs. 1 BBauG durch Beschluß der Umlegungsstelle aufgestellt worden sind und damit Urkundscharakter erhalten haben. Es dürfte sich jedoch empfehlen, schon vorweg mit dem Katasteramt in Verbindung zu treten und sich über die Eignung des im Entwurf vorliegenden Umlegungsplanes zur Übernahme in das Liegenschaftskataster zu vergewissern.

Um zu vermeiden, daß ein für die Berichtigung der öffentlichen Bücher nicht geeigneter Umlegungsplan unanfechtbar wird, ist die Bescheinigung einzuholen, bevor die Umlegungskarte nach § 69 BBauG öffentlich ausgelegt und Auszüge aus dem Umlegungsplan nach § 70 BBauG den Beteiligten zugestellt werden.

Wird der Umlegungsplan gemäß § 70 Abs. 2 oder § 73 BBauG geändert, so ist eine neue, sich auf die Änderung beziehende Bescheinigung des Katasteramtes erforderlich. Diese Bescheinigung ist im Falle einer Änderung vor Eintritt der Unanfechtbarkeit des Umlegungsplanes (§ 70 Abs. 2 BBauG) einzuholen, bevor der Zeitpunkt der Unanfechtbarkeit nach § 71 Abs. 1 BBauG bekannt gemacht oder der Umlegungsplan teilweise nach § 71 Abs. 2 und 3 BBauG in Kraft gesetzt wird, anderenfalls vor Eintritt der Unanfechtbarkeit der Änderung.

Werden die Eigentums- und Besitzverhältnisse für einzelne Grundstücke nach § 76 BBauG vor Aufstellung des Umlegungsplanes geregelt, so ist die Bescheinigung (vgl. Verweisung in § 76 Satz 2 auf § 74) vor Zustellung des Beschlusses der Umlegungsstelle an die betroffenen Rechtsinhaber einzuholen. Die Bescheinigung ist auf die Urkunden zu setzen, welche die neuen Eigentums- und Besitzverhältnisse darstellen und Gegenstand des Beschlusses der Umlegungsstelle sind.

3. Nach § 58 BBauG hat die Umlegungsstelle auf Verlangen der Gemeinde, sofern die Grundstücke nach dem Verhältnis der Flächen zugeteilt werden sollen, von den eingeworfenen Grundstücken einen Flächenbeitrag zu erheben. Dem Umfang des Flächenbeitrages sind zwei Grenzen gesetzt. Einmal darf er nicht größer sein als der Umlegungsvorteil (§ 58 Abs. 1 Satz 1 BBauG), zum anderen einen bestimmten Vornhundertersatz, der in § 58 Abs. 1 Satz 2 BBauG festgelegt ist, nicht überschreiten. Der Umlegungsvorteil umfaßt sowohl den Wertzuwachs, den das Grundstück infolge der Umlegung erfährt, als auch die Ersparnisse eigener Kosten, die der Eigentümer ohne Umlegung hätte aufwenden müssen, um das Grundstück bebauungsfähig zu machen (z. B. Vermessungs-, Notariats- und Gerichtskosten). Die Kostenersparnisse sind jedoch nur insoweit dem Umlegungsvorteil zuzurechnen, als sie den Wertzuwachs überschreiten.

Der Umlegungsvorteil muß seine Ursache allein in der Umlegung finden. Er muß dadurch bewirkt werden, daß nach Lage, Form und Größe für die bauliche oder sonstige Nutzung zweckmäßig gestaltete Grundstücke entstehen (§ 45 Abs. 1 BBauG). Den einzelnen Grundstücken kann ein Vorteil somit nur dann zuwachsen,

- wenn es durch die Umlegung eine neue Lage, Form oder Größe erhält, die eine bauliche oder sonstige Nutzung nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes gestatten oder
- wenn die Umlegung überhaupt erst die Erschließung und Bebauung des umliegenden Gebietes und damit auch des Grundstückes selbst ermöglicht.

Rechtmäßig bebaute Grundstücke werden in der Regel aus der Umlegung einen Wertzuwachs nicht erfahren. Die genehmigte Bebauung zeigt im allgemeinen auf, daß sie einer Umlegung nicht bedürfen, um bebaut werden zu können. Dieser Grundsatz gilt aber dann nicht,

- wenn zur Bebauung Befreiungen notwendig waren, die durch die einer baulichen Ordnung zuwiderlaufende Lage oder Gestaltung des Grundstückes ausgelöst wurden, und die Umlegung diese Mängel des Grundstückes beseitigt oder
- wenn das Grundstück noch nicht — seiner zulässigen Nutzung entsprechend — ordnungsgemäß erschlossen ist und erst die Umlegung die Voraussetzung für eine solche Erschließung schafft oder
- wenn die Bebauung eines nicht zweckmäßig gestalteten Grundstückes im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes nach § 30 BBauG im Hinblick auf die durch die Umlegung zu bewirkende künftige Gestaltung genehmigt wurde.

Von dem Umlegungsvorteil zu unterscheiden ist der Planungsvorteil, der aus dem Wertzuwachs besteht, den ein Grundstück durch die Bauleitplanung erfährt. Hierher gehören u. a. Werterhöhungen durch Änderung der rechtlichen Qualität des Bodens aus Nichtbauland oder Bauerwartungsland in Rohbauland infolge Festsetzung von Bauland oder durch die besondere Lage, die ein Grundstück dadurch erfährt, daß es von einer festgesetzten Erschließungsstraße berührt wird. Die auf Bauleitplanung beruhenden Wertsteigerungen sind nicht dem Umlegungsvorteil zuzurechnen, auch wenn der Bebauungsplan gemäß § 45 Abs. 2 BBauG erst nach Einleitung des Umlegungsverfahrens aufgestellt wird.

4. Bauleitplanung und Umlegung beeinflussen sich gegenseitig. Die Umlegung soll durch zweckmäßige Gestaltung der Grundstücke ermöglichen, daß die in der Bauleitplanung niedergelegten Planungsvorstellungen der Gemeinde verwirklicht werden. Damit wird die Umlegung durch die Planung geleitet. Bei der Bauleitplanung muß aber umgekehrt berücksichtigt werden, daß die Umlegung infolge der gesetzlichen Beschränkungen, denen sie unterworfen ist, nicht allen Planungsvorstellungen gerecht werden kann. Der Bebauungsplan muß daher, sofern eine Neuordnung des Grund und Bodens in dem anstehenden Baugebiet notwendig ist, so gestaltet werden, daß seine Festsetzungen einer Umlegung nicht entgegenstehen.

Abschließende Erkenntnisse über die Vereinbarkeit zwischen Bauleitplan und Umlegung werden in sehr vielen Fällen erst im Laufe des Umlegungsverfahrens gewonnen werden können. Daher gestattet der Gesetzgeber auch in § 45

Abs. 2 BBauG, Daß der Bebauungsplan während der Dauer des Umlegungsverfahrens aufgestellt werden kann. Besteht schon bei Einleitung des Umlegungsverfahrens ein Bebauungsplan, so ist damit zu rechnen, daß er, um das Umlegungsverfahren durchführen zu können, geändert werden muß.

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen Bauleitplan und Umlegung machen eine enge Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen oder Personen notwendig, die mit der Bauleitplanung und der Umlegung beauftragt sind. Nicht nur sollten im Bauleitplanverfahren die Stellen oder Personen

beteiligt werden, denen später oder gleichzeitig die Durchführung der Umlegung obliegt, sondern zum Umlegungsverfahren sollten auch beratend die mit der Bauleitplanung befähigten Stellen und Personen, insbesondere die von der Gemeinde mit der Ausarbeitung der Bauleitpläne (§ 2 Abs. 3 BBauG) beauftragten Bauämter und Sachverständigen, hinzugezogen werden.

Wiesbaden, 4. 9. 1963

Der Hessische Minister des Innern
Az.: Vd — 61 a 20.03 — 18.63
StAnz. 39/1963, S. 1122

986

Der Hessische Minister der Finanzen

Kinderzuschlag für Arbeiter;

hier: Auswirkung des Fünften Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 4. Juli 1963 (GVBl. S. 97)

Bezug: § 41 MTL und Tarifvertrag vom 14. Januar 1959 betr. die Gewährung von Kinderzuschlägen an Arbeiter der Länder

Durch das vorbezeichnete Gesetz sind die Monatssätze des Kinderzuschlages mit Wirkung vom 1. März 1963 erhöht worden (vgl. Art. 4 Nr. 1 des Gesetzes). Da nach § 1 Abs. 1 des vorbezeichneten Tarifvertrages in der Fassung des Änderungsstarifvertrages vom 11. Januar 1962 der Kinderzuschlag an Arbeiter in sinnemäßiger Anwendung der für die Beamten des jeweiligen Arbeitgebers jeweils geltenden Vorschriften gewährt wird, sind auch den Arbeitern des Landes mit Wirkung vom 1. März 1963 die erhöhten Kinderzuschläge zu zahlen.

Für die Monatssätze des Kinderzuschlages in Höhe von 45,— bzw. 50,— DM enthält § 1 a. a. O. keine Wochen-, Tages- und Stundensätze. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat daher am 18. Juli 1963 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr einen entsprechenden Ergänzungstarifvertrag vereinbart.

Die Erhöhung der Kinderzuschläge um monatlich 10,— DM macht eine Überprüfung der Voraussetzungen für die Zahlung des Kinderzuschlages für uneheliche Kinder in den Fällen des nach § 1 Abs. 1 des oben genannten Tarifvertrages sinngemäß anzuwendenden § 18 Abs. 1 Nr. 8 HBesG erforderlich. Hat ein Arbeiter sein uneheliches Kind nicht in seine Wohnung aufgenommen, so darf der Kinderzuschlag nur dann gezahlt werden, wenn der Arbeiter nachweislich die festgesetzte Unterhaltsrente, mindestens aber den doppelten Betrag des Kinderzuschlages, d. h. nunmehr mindestens 80,— bzw. 90,— bzw. 100,— DM monatlich aufbringt. Diese Fälle sind beschleunigt zu prüfen, damit Überzahlungen vermieden werden. Ergibt die Nachprüfung, daß die Zahlung des Kinderzuschlages einzustellen ist, so bin ich damit einverstanden, daß die bis zum 31. August 1963 überzahlten Beträge nicht zurückgefordert werden.

Ich bitte, die erforderlichen Neuberechnungen mit tunlicher Beschleunigung vorzunehmen, und die sich ergebenden Nachzahlungen alsbald zu leisten. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß derartige Nachzahlungen nur für Zeiten nach dem 28. Februar 1963 in Betracht kommen können. Daß der Ergänzungstarifvertrag bereits am 1. Januar 1963 in Kraft getreten ist, beruht auf dem Umstand, daß aller Voraussicht nach zumindest in einem Lande die Beträge des Kinderzuschlages für Beamte mit Wirkung vom 1. Januar 1963 durch ein Besoldungsänderungsgesetz erhöht werden.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2031 A — 33 — I 4 a
StAnz. 39/1963, S. 1124

*

Zweiter Tarifvertrag vom 18. Juli 1963 zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge vom 14. Januar 1959

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, einerseits, und der

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — andererseits, wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag vom 14. Januar 1959 betr. Kinderzuschläge (zu § 41 MTL) in der Fassung des Änderungsstarifvertrages vom 11. Januar 1962 wird wie folgt geändert:

1. Die Aufstellung in § 1 Abs. 2 wird wie folgt ergänzt:
„bei einem Monatssatz von 45,— DM wöchentlich 10,40 DM
bei einem Monatssatz von 50,— DM wöchentlich 11,50 DM.“
2. Die Aufstellung in § 1 Abs. 3 Unterabs. 2 wird wie folgt ergänzt:
„bei einem Monatssatz von 45,— DM je Stunde 0,23 DM
bei einem Monatssatz von 50,— DM je Stunde 0,26 DM.“
3. Die Aufstellung in § 1 Abs. 4 Unterabs. 1 wird wie folgt ergänzt:
„bei einem Monatssatz von 45,— DM 1,50 DM
bei einem Monatssatz von 50,— DM 1,65 DM.“

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft.

Wiesbaden, den 18. Juli 1963

Für die
Tarifgemeinschaft deutscher Länder
Der Vorsitz der Vorstandes
G l a h n
Für die
Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —
R a a b e K l u n c k e r

987

Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter und Angestellten in den Verwaltungen und Betrieben der Länder — Siebenter Tarifvertrag vom 13. Dezember 1962 zur Änderung der Tarifverträge über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vom 31. Juli 1955 und 4. Februar 1957;

hier: Anschlußtarifvertrag mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund —

Bezug: Mein Erlaß vom 4. März 1963 — P 2174 A — 301 — I 4 a — (StAnz. S. 351)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat am 10. März 1963 mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund — einen Anschlußtarifvertrag zum o. a. Tarifvertrag vom 13. Dezember 1962 vereinbart.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung des Anschlußtarifvertrages vom 10. März 1963 und einer nochmaligen Veröffentlichung des Tarifvertrages vom 13. Dezember 1962 sehe ich ab.

Wiesbaden 10. 9. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2048 A — 2 — I 42
StAnz. 39/1963, S. 1124

988

Der Hessische Minister der Justiz

Einstellung von Rechtspflegeranwärtern

Die hessische Justizverwaltung stellt zum 1. April 1964 Anwärter für die Rechtspflegerlaufbahn ein. Die Bewerber müssen am 1. April 1964 das 18. Lebensjahr vollendet haben und dürfen an dem Tage, an dem sie sich bewerben, nicht älter als 30 Jahre sein.

Aussicht auf Einstellung haben in der Regel nur Bewerber mit dem Reifezeugnis, dem Zeugnis der mittleren Reife, dem Abschlußzeugnis einer höheren Handelsschule oder einer zweijährigen Handelsschule.

Bewerbungen können bis zum 31. Oktober 1963 an

den Hessischen Minister der Justiz in Wiesbaden, Wilhelmstraße 24, gerichtet werden.

Den Bewerbungen sind beizufügen:

1. ein eigenhändig geschriebener ausführlicher Lebenslauf,
2. eine beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses,
3. beglaubigte Zeugnisabschriften über eine berufliche Tätigkeit oder Ausbildung nach der Schulentlassung.

Weitere Auskünfte erteilen die Land- und Amtsgerichte in Hessen.

Der Hessische Minister der Justiz

StAnz. 39/1963, S. 1125

989

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Gesetz über die Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz);

hier: Einmalige Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge

Runderlaß StB — 11/63

Auf Grund des § 2 Abs. 1 lfd. Nr. 3 des Gesetzes über die Beteiligung der Gemeinden und Landkreise am Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer (Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz) vom 19. Dezember 1960 (GVBl. S. 233) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Hessischen Ministers der Finanzen vom 10. Juni 1963 (StAnz. S. 702) ist im Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1963 bei Kap 17 12 — 622 — einschließlich der Ausgabereise aus 1962 — ein Betrag von ca. 15 Millionen DM für den obengenannten Zweck vorgesehen.

Unter Berücksichtigung der bei der Durchführung und Abwicklung des vorbezeichneten Programmes gesammelten Erfahrungen gebe ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern und dem Hessischen Minister der Finanzen die Neufassung der Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge bekannt.

Mein Runderlaß vom 29. März 1961 — V d 5 — Az. 15 a — k — (StAnz. S. 445) wird hiermit aufgehoben. Vgl. auch Runderlaß StB 56/61 vom 27. 4. 61)

Wiesbaden, 25. 7. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

V d 5 — Az. 15 a — k
StAnz. 39/1963, S. 1125

Richtlinien

für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge vom 25. Juli 1963

I. Grundsätze

1. Allgemein

gelten für die Gewährung von Zuwendungen die Landesrichtlinien zu § 64 a der Reichshaushaltsordnung vom 28. 1. 1954 (StAnz. S. 134) und die ergänzenden Vorschriften, soweit die vorliegenden Richtlinien keine anderen Bestimmungen enthalten.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht.

Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung sind die verkehrsgerechte Planung und die Gewähr für einwandfreie Durchführung des Bauvorhabens. Die Gesamtfinanzierung muß sichergestellt sein. Innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren sollen für den gleichen Straßenabschnitt nur einmal Zuwendungen gegeben werden.

2. Zweckbestimmung

Das Land Hessen kann den Gemeinden und Landkreisen im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel in folgenden Fällen Zuwendungen zu den reinen Straßenbaukosten gewähren:

- a) Zum **Neu-, Um- und Ausbau** von Ortsdurchfahrten im Zuge von **Landes- und Kreisstraßen**, für die die **Gemeinden** auf Grund des § 41 Abs. 3 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 GVBl. S. 437 Träger der Straßenbaulast sind (Gemeinden mit mehr als 30 000 Einwohnern).
Zu den Landes- und Kreisstraßen gehören auch die Brücken im Zuge dieser Straßen.
Zum **Neu-, Um- und Ausbau von Gehwegen und Parkplätzen** in **Ortsdurchfahrten** im Zuge von Landes- und Kreisstraßen, für die die Gemeinden gem. § 41 Abs. 4 des Hessischen Straßengesetzes Träger der Straßenbaulast sind.
- b) Zu den Beiträgen der Gemeinden zum Ausbau von **Fahrbahnen der Ortsdurchfahrten** im Zuge der Landes- und Kreisstraßen soweit die **Gemeinden** zur Leistung eines Beitrages nach § 41 Abs. 4 HStrG verpflichtet sind.
- c) Zum **Bau und Ausbau** von Ortsdurchfahrten im Zuge von Kreisstraßen, für die die Landkreise Träger der Straßenbaulast sind.
- d) Zur **Beseitigung schienengleicher Kreuzungen von Eisenbahnen** mit solchen Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen, für die die **Landkreise** oder **Gemeinden** ganz oder teilweise Träger der Straßenbaulast sind.

Nicht z u s c h u ß f ä h i g sind insbesondere folgende Aufwendungen:

- a) Kosten für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht;
- b) Kosten für den Grunderwerb einschließlich der Kosten für Vermessungen und Vermarkung;
- c) Kosten der Straßenbeleuchtung;
- d) Baukosten für Änderungen an Versorgungsanlagen (Gas, Wasser, Strom, Abwässer mit Ausnahme der Straßenentwässerung);
- e) Kosten für Änderungen an besonderen Verkehrsanlagen (Straßenbahnkörper oder Gleise, Oberleitungen).

3. Höhe der Zuwendung

Eine Zuwendung wird nur gewährt, wenn durch das Bauvorhaben die Finanzkraft des Antragstellers überfordert wird. Die Höhe der Zuwendung richtet sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Antragstellers im Verhältnis zur Höhe der ihm durch das Straßenbauvorhaben entstehenden Belastung. Zuwendungen an Landkreise im Falle I 2 c können nur gewährt werden, wenn es sich um außergewöhnlich große Bauvorhaben handelt.

Für Straßenbauvorhaben, die mit anderen Landesmitteln schwerpunktmäßig gefördert werden, kann eine Zuwendung aus Mitteln dieses Programmes **nicht** gewährt werden.

II. Verfahren

1. Antrag

Der Antragsteller hat einen an den Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr gerichteten Antrag gemäß Muster Anlage I der Landesrichtlinien zu § 64a der RHO in dreifacher Ausfertigung rechtzeitig vor Baubeginn beim zuständigen Straßenbauamt einzureichen.

Beizufügen sind:

- a) Finanzierungsplan — zweifach —
- b) Kostenanschlag — zweifach —
- c) REE-Entwurf — zweifach —

für folgende Maßnahmen:

Ausbau der Ortsdurchfahrt der Landes- und Kreisstraßen für die die Gemeinden und Kreise Träger der Straßenbaulast sind;

Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge im Zuge von Straßen für die die Gemeinden oder Landkreise Träger der Straßenbaulast sind.

In den übrigen Fällen genügt ein Lageplan aus dem die Ortsdurchfahrtsgrenzen und die Art der Maßnahme zu ersehen sind.

- d) Im Falle der Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge die Bestätigung der Eisenbahnverwaltungen, daß die anteiligen Kosten von ihr übernommen werden.

2. Weiteres Verfahren

- a) Das zuständige Hessische Straßenbauamt hat die bei ihm eingereichten Antragsunterlagen zu prüfen und mit einem entsprechenden Prüfvermerk zu versehen. Technisch notwendige Änderungen sind besonders kenntlich zu machen, da diese gegebenenfalls als Auflage in den Bewilligungsbescheid aufgenommen werden. Zuwendungen, die der Antragssteller von dritter Seite erhält, sind bei der Ermittlung der zuschußfähigen Kosten abzusetzen.

Das Straßenbauamt nimmt zu dem geplanten Bauvorhaben unter Berücksichtigung folgender Punkte Stellung:

- Art, Dringlichkeit und verkehrsmäßige Zweckmäßigkeit;
- notwendige technische Änderungen gegenüber der geplanten Ausführung, besonders hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit;
- Ausführungszeit des Bauvorhabens mit ungefährem Baubeginn;
- weitere Aufwendungen für den Ausbau von Straßen, die dem Antragsteller während der Zeit entstehen, in der die mit Landesmitteln zu fördernden Bauvorhaben ausgeführt werden sollen;
- Verkehrsbelastung der auszubauenden Straße und der einmündenden Gemeindestraßen, sofern für die Anschlüsse letzterer Zuwendungen des Landes beantragt werden.

Nach Prüfung sendet das Straßenbauamt eine Ausfertigung des Antrages mit Unterlagen und seiner Stellungnahme an den zuständigen Landrat; die restlichen Ausfertigungen an das Landesamt für Straßenbau.

Die Anträge der kreisfreien Städte, der Landkreise und der kreisangehörigen Städte über 30 000 Einwohner (§ 136 Abs. 2 HGO) sind dem zuständigen Regierungspräsidenten direkt zuzuleiten.

- b) Der Landrat nimmt zu den Anträgen kreisangehöriger Gemeinden

- zur Finanzkraft,
- zur Höhe der beantragten Zuwendung und
- zu den Maßnahmen, die außerdem die Finanzkraft des Antragstellers belasten,

Stellung und legt den Antrag dem zuständigen Regierungspräsidenten vor. Der Stellungnahme des Landrates ist der übliche Beurteilungsbogen über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde beizufügen.

- c) Der Regierungspräsident nimmt abschließend zu dem Antrag und zur Finanzkraft des Antragstellers Stellung und legt dem Minister für Wirtschaft und Verkehr die gesamten Antragsunterlagen mit seinem Vorschlag über die Höhe der Zuwendung vor.

- d) Das Hessische Landesamt für Straßenbau legt dem Minister für Wirtschaft und Verkehr die vom Straßenbauamt eingereichten vollständigen Antragsunterlagen nach Prüfung und Anbringung eines Sichtvermerks, gegebenenfalls mit einer kurzen Stellungnahme zur Höhe der zuschußfähigen Kosten, vor.

- e) Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr entscheidet über den Antrag im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen. Das Landesamt für Straßenbau wird vom Minister für Wirtschaft und Verkehr mit Einzelerlaß beauftragt, die Bewilligungsbescheide zu erteilen.

Findet ein Antrag keine Berücksichtigung, so wird der Antragsteller vom Minister für Wirtschaft und Verkehr auf dem Dienstwege benachrichtigt.

- f) Das Hessische Landesamt für Straßenbau erteilt im Auftrage des Ministers für Wirtschaft und Verkehr den Bewilligungsbescheid und übernimmt in eigener Zuständigkeit die weitere Abwicklung entsprechend den Landesrichtlinien zu § 64 a RHO — Auszahlung der Zuwendung, Überwachung der Baumaßnahme und Prüfung des Verwendungsnachweises.

III. Besondere Hinweise

1. Die Anträge sind rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme zu stellen. Der Antragsteller darf erst dann den Auftrag zur Ausführung der Arbeiten geben, wenn er im Besitze des Bewilligungsbescheides ist und sich mit dessen Inhalt einverstanden erklärt hat.

2. Die Straßenbauämter haben darauf zu achten, daß Anträge nur für baureife, aber nicht bereits durchgeführte Bauvorhaben zur Vorlage kommen. Andere, mit der Baumaßnahme zusammenhängende, aber in früheren Zeiträumen entstandene Kosten können nicht berücksichtigt werden. Unvollständige und nicht diesen Richtlinien entsprechende Anträge sind dem Antragsteller zurückzugeben.

3. Wegen des Abrufs von Zuwendungen gilt folgendes:

- a) Zuwendungen bis zu 10 000 DM sind nach Durchführung der Baumaßnahme in einer Summe abzurufen.
- b) Zuwendungen über 10 000 DM sind mit einer Anlaufquote von 30% bei Baubeginn, der Rest nach Baufortschritt, möglichst in zwei Raten (von je ca. 35%) abzurufen. (Alle Anforderungen sind nach Möglichkeit auf volle 1000 DM zu runden).

4. Vermindern sich die bei der Bemessung der Zuwendung zugrundegelegten Kosten bei der Abrechnung um mehr als 10%, so ist der Zuwendungsbetrag grundsätzlich in dem Verhältnis zu kürzen, in dem die Kostenminderung zu dem der Bemessung der Zuwendung zugrundegelegten Kosten steht. Der so ermittelte Zuschußbetrag ist auf volle 100,— DM auf bzw. abzurunden.

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Im Auftrag
gez. Dienstbach
Ministerialrat

*

Anlage 1 , den

- 1) Hessisches Straßenbauamt
An den
Herrn Landrat
des Kreises.....

Betr: Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz § 2 Abs. 1
lfd. Nr. 3;
hier: Antrag der Gemeinde / Stadt.....
Kreis.....

Bezug: Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge.

Ich übersende Ihnen in der Anlage den vorgenannten Antrag mit der Bitte um Ergänzung und Weiterleitung an den Herrn Regierungspräsidenten.

Unterschrift

- 2) Der Landrat des
Landkreises.....
An den
Herrn Regierungspräsidenten
in

Den unter Betreff genannten Antrag lege ich mit meiner umseitigen Stellungnahme vor. Die Beurteilung über die finanzielle Leistungsfähigkeit des Antragstellers (Formblatt) ist beigefügt.

Unterschrift

3) Der Regierungspräsident
in

An den
Herrn Hessischen Minister
für Wirtschaft und Verkehr
Wiesbaden
Landeshaus

Der vorbezeichnete Antrag wird mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt. Meine Stellungnahme und mein Vorschlag über die Höhe einer zu gewährenden Zuwendung befinden sich auf der Rückseite.

Unterschrift

Anlage 1 Rückseite

- 1) Stellungnahme des Hessischen Straßenbauamtes
Höhe der dem Antragsteller durch die Baumaßnahme entstehenden Gesamtkosten DM
Höhe der zuschufähigen Kosten DM
Höhe der in den letzten Jahren für denselben Straßenzug erhaltenen Zuschüsse RJ ... / DM

(Kurze Stellungnahme zur verkehrlichen Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahme; notwendige technische Änderungen gegenüber den Plänen und dem Kostenanschlag; Zeitangabe für die Durchführung der Maßnahme; km-Angabe des Bauvorhabens und km-Angabe der Ortsdurchfahrt; weitere Aufwendungen des Antragstellers an klassifizierten Straßen in der Zeit der Baudurchführung der vorliegenden Maßnahme).

- 2) Stellungnahme des Landrates
(welche Maßnahmen werden von der Stadt / Gemeinde in der Zeit, in der sie die Zuwendung in Anspruch nehmen will, außerdem noch durchgeführt und welche Belastungen erwachsen ihr daraus?)

- 3) Stellungnahme des Regierungspräsidenten
zur Finanzkraft des Antragstellers unter Berücksichtigung der zu 2. aufgezeigten Maßnahmen; Vorschlag zur Höhe einer Zuwendung.

*

Muster 2

- 1) Hessisches Straßenbauamt den

An das
Hessische Landesamt
für Straßenbau
Wiesbaden
Frankfurter Straße 8/12

Betr.: Kraftfahrzeugsteuerverbundgesetz § 2, Abs. 1
lfd. Nr. 3;

hier: Antrag der Gemeinde / Stadt.....
Kreis

Bezug: Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Hessen an Gemeinden und Landkreise zum Um- und Ausbau von Ortsdurchfahrten im Zuge von Landes- und Kreisstraßen und zur Beseitigung schienengleicher Bahnübergänge.

Als Anlage lege ich den vorgenannten Antrag mit meiner umstehenden Stellungnahme vor.

Unterschrift

2) Hessisches Landesamt
für Straßenbau

Wiesbaden, den

An den
Herrn Hessischen Minister
für Wirtschaft und Verkehr
Wiesbaden
Landeshaus

Den mir von dem zuständigen Straßenbauamt vorgelegten Antrag lege ich mit der Bitte um Entscheidung vor. Ich habe umseitig zu dem Antrag Stellung genommen.

Unterschrift

Muster 2 Rückseite

- 1) Stellungnahme des Hessischen Straßenbauamtes
Höhe der dem Antragsteller durch die Baumaßnahme entstehenden Gesamtkosten DM
Höhe der zuschufähigen Kosten DM
Höhe der in den letzten Jahren für denselben Straßenzug erhaltenen Zuschüsse RJ ... / DM
(Kurze Stellungnahme zur verkehrlichen Dringlichkeit und Zweckmäßigkeit der Maßnahme; notwendige technische Änderungen gegenüber den Plänen und dem Kostenanschlag; Zeitangabe für die Durchführung der Maßnahme; km-Angabe des Bauvorhabens und km-Angabe der Ortsdurchfahrten; weitere Aufwendungen des Antragstellers an klassifizierten Straßen in der Zeit der Baudurchführung der vorliegenden Maßnahme).

- 2) Stellungnahme des Hessischen Landesamtes für Straßenbau

990

Neufassung der Gebührenordnung für Leistungen des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung (StAnz. 1963 S. 872)

Im Anhang zur Gebührenordnung für Leistungen des Hess. Landesamtes für Bodenforschung vom 1. Juli 1963 muß es in Tabelle 1 — Berechnungstabelle für die Hauptgebühr bei ingenieurgeologischen Untersuchungen in der letzten Zeile statt: „1‰ des Bauwertes“ — „1‰ des Bauwertes“ heißen. Wiesbaden, 12. 9. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Z4 — 70 16-07 StAnz. 39/1963, S. 1127

991

Einstellung von Beamtenanwärtern für den mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

Zum 1. April 1964 werden Beamtenanwärter für den mittleren und gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr eingestellt.

Das Mindestalter beträgt für den mittleren Dienst 16 Jahre, für den gehobenen Dienst 18 Jahre, das Höchstalter für beide Laufbahnen 30 Jahre.

Für den mittleren Dienst wird Volksschul- und für den gehobenen Dienst Realschulbildung gefordert.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind bis spätestens 1. November 1963 zu richten an:

Hessischen Minister für Wirtschaft und Verkehr, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 75 (Landeshaus).

StAnz. 39/1963, S. 1127

992

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Anordnung

betr.: Wildschutzgebiet „Fasanerie Klein-Auheim“

1. Auf Grund des § 22a des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz vom 5. April 1962 (GVBl. I S. 233) in Verbindung mit § 15 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 23. Mai 1962 (GVBl. I S. 301) werden folgende Flächen auf die Dauer von 12 Jahren zum Wildschutzgebiet erklärt:

Der Staatliche Eigenjagdbezirk „Fasanerie Klein-Auheim“ in der Gemarkung Klein-Auheim (Landkreis Offenbach am Main) Flur 8.

Er besteht aus der „Oberen Fasanerie“ und der „Unteren Fasanerie“ mit zusammen 143 ha. Davon ausgenommen ist das rund 1,5 ha große Kleingartengelände am Nordzugang der „Unteren Fasanerie“. Die Grenzen des Wildschutzgebietes sind durch Metallschilder gekennzeichnet.

2. Das Betreten des Wildschutzgebietes außerhalb der nicht-öffentlichen Wege ist Nichtjagdausübungsberechtigten während der Zeit vom 1. Februar bis 31. Oktober untersagt. Von diesem Verbot ausgenommen sind die Durchführung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiten sowie der Begang durch Beauftragte oder Vertreter des Grundeigentümers.

3. Zuwiderhandlungen gegen Ziffer 2 Satz 1 dieser Anordnung werden nach § 38 Abs. 1 Nr. 10 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz mit Geldbuße geahndet.

4. Der Mauerpark der Oberen Fasanerie bleibt als wissenschaftliches Versuchsgelände wie bisher geschlossen.

Wiesbaden, 10. 9. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
IIIe — I/2249 — 716.04
gez. Hacker

993

Verwaltungsänderungen der hessischen Forstverwaltung;

hier: Umorganisation im Hessischen Forstamt Neuweilnau.

Durch Erlaß vom 9. 8. 1963 — IIIf — I/1375 — 301.04 — wurden aus den bisherigen staatlichen Revierförstereien Altweilnau, Cratzenbach, Riedelbach und der Gemeinderevierförsterei Riedelbach mit Wirkung vom 1. 9. 1963 drei staatliche Revierförstereien gebildet, die sich wie folgt gliedern:

Revierförsterei Altweilnau	Staatswald	291 ha
	Gem. Finsterthal	188 ha
	Gem. Treisberg	190 ha
	Privatwald	2 ha
		671 ha;
Revierförsterei Cratzenbach	Staatswald	468 ha
	Gem. Altweilnau	74 ha
	Gem. Cratzenbach	115 ha
	Gem. Neuweilnau	48 ha
		705 ha;
Revierförsterei Riedelbach	Staatswald	59 ha
	Gem. Mauloff	167 ha
	Gem. Riedelbach	524 ha
	Privatwald	15 ha
		765 ha.

Wiesbaden, 12. 9. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
IIIIf — I/2295 — 301.04

StAnz. 39/1963, S. 1127

994

Flurbereinigung Goddelau, Krs. Groß-Gerau

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungs-gesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 53 — BGBl. I S. 591 — wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Goddelau, Kreis Groß-Gerau, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die Grundstücke der Gemarkung Goddelau, soweit sie in der Anlage 1 zu diesem Beschluß aufgeführt sind, festgestellt. Es hat eine Größe von 684,7759 ha, worin eine Waldfläche von 19,3526 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Die Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Goddelau“ mit dem Sitz in Goddelau. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigt, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforder-

lich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind die Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt Wiesbaden, Parkstraße 44, als obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Goddelau sowie in den Nachbargemeinden Erfelden, Wolfskehlen, Griesheim, Crumstadt, Stockstadt und Eschollbrücken bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Gebietskarte und der Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Herrn Bürgermeister in Goddelau und den Bürgermeisterämtern der bezeichneten Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 26. 8. 1963

Landeskulturamt

DF 394 — Gsch.-Nr. 27576 63

StAnz. 39/1963, S. 1128

*

Anlage 1. Zum Beschluß über das Flurbereinigungsverfahren Goddelau, Krs. Groß-Gerau.

Zum Flurbereinigungsverfahren werden folgende Grundstücke der Gemarkung Goddelau zugezogen:

Flur 1 bis 13 ganz, Flur 14 Nr. 1 1, 1 2, 1 3, 1 4, 1 5, 1 6, 1 7, 1 8, 1 9, 1 10, 1 11, 1 12, 1 13, 1 14, 1 15, 1 16, 1 17, 2 bis 50, 51 3, 51 4, 52—58, 59—64, 65 1, 67 1, 68—94, 95—114, 115 1, 115 2, 115 3, 116 1, 118 1, 119 1, 119 2, 120 3, 120 4, 121 1, 122—125, 126 1, 126 2, 126 3, 132 1, 133, 134, 135 2, 136 2, 137 1, 138 2, 138 3, 139—142, 144 1, 145 2, 146—169, 170 1, 171 1, 172 3, 172 4, 172 5, 173 3, 174 1, 175 1, 175 2, 175, 176, 178 3, 178 4, 178 7, 178 8, 178 9, 178 10, 179, 180, 181 1, 182—187, 188 1, 189, 190 1, 190 3, 191 1, 192 1, 193—196, 197, 198, Flur 15 ganz.

995

Flurbereinigung Wolfskehlen, Krs. Groß-Gerau

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungs-gesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Wolfskehlen, Kreis Groß-Gerau, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die Grundstücke der Gemarkung Wolfskehlen, soweit sie in der Anlage 1 zu diesem Beschluß aufgeführt sind, festgestellt. Es hat eine Größe von 1 158,3575 ha, worin eine Waldfläche von 72,6452 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen orange Farbstreifen kennt-

lich gemacht. Die Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigerungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Wolfskehlen“ mit dem Sitz in Wolfskehlen. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigerungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzuzeigen. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigerungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt Wiesbaden, Parkstraße 44, als obere Flurbereinigerungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Wolfskehlen, sowie den Nachbargemeinden Erfelden, Leeheim, Dornheim, Griesheim und Goddelau bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Gebietskarte und der Anlage 1 zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Herrn Bürgermeister in Wolfskehlen und den Bürgermeisterämtern der bezeichneten Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 30. 8. 1963

Landeskulturamt

DF 395 — Gesch.-Nr. 27773/63
St.Anz. 39/1963, S. 1128

*

Anlage 1 zum Beschluß über das Flurbereinigerungsverfahren Wolfskehlen, Kreis Groß-Gerau.

Zum Flurbereinigerungsverfahren werden folgende Grundstücke der Gemarkung Wolfskehlen zugezogen:

Flur 1 Nr. 289/3, 291/1, 292/1, 293/1, 294/1, 295—301, 302/1, 305/1, 306/1, 308/1, 309/1, 310/1, 469, 504, 505/1, 506, 507/1, 507/2, 524;

Flur 2 Nr. 1—18, 27—36, 37/1, 27/2, 38—43, 47/1, 47/2, 48—54, 55/1, 55/2, 55/3, 56—83, 84/1, 85/1, 86/1, 89—126, 134 bis 137, 138/1, 139, 140/1, 141—143, 144/1, von 145, 146/2, 147/1, 148—150;

Flur 3 bis Flur 6 ganz; Flur 8, Nr. 1—6, 8—28, 30—34, 36, 37; Flur 9 bis Flur 22 ganz.

996

Personalmeldungen

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

c. Regierungspräsident Kassel

ernannt

zum Oberregierungsbaurat Regierungsbaurat Gottfried Eisenberg (16. 8. 1963);

zur Assessorin im allgemeinen Verwaltungsdienst (BaW) Assessorin Hannelore Freiger (16. 8. 1963);

zum Polizeihauptmeister, Polizeiobermeister Heinrich Deiselmann (26. 8. 1963);

zum Kriminalhauptmeister die Kriminalobermeister Heinrich Seegel (22. 8. 1963), Franz Schwella (23. 8. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsobersekretär Karl Döll (1. 9. 1963).

ernannt

zum Regierungsoberinspektor die Regierungsinspektoren Erich Möller, (LA Bad Hersfeld) (26. 8. 1963); Friedrich Mütze, (LA Ziegenhain) (28. 8. 1963); Herbert Poppe, (LA Witzenhausen) (9. 8. 1963);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Helmut Beaupain (LA Frankenberg/Eder) (9. 8. 1963);

zum Regierungsobersekretär die Regierungssekretäre Konrad Ise (LA Kassel) (30. 7. 1963); Rudolf Kriebel (LA Hünfeld) (30. 7. 1963); Heinz Bernklau (LA Fulda) (12. 8. 1963); Friedrich Schmuck (LA Witzenhausen) (9. 8. 1963); Adam Hocke (LA Wolfhagen) (30. 7. 1963); Werner Günther (LA Fritzlar) (16. 8. 1963); Wilhelm Pabst (LA Rotenburg/Fulda) (20. 8. 1963);

bei der Landeskriminalpolizei

ernannt

zum Kriminalkommissar der Polizeihauptwachmeister (BaL) Rolf-Gerd Eckhardt, Staatl. Kriminalkommissariat Fulda (31. 8. 1963);

zum Kriminalobermeister der Kriminalmeister (BaL) Karl Gebhardt, Staatl. Kriminalkommissariat Eschwege (14. 8. 1963);

zur Kriminalobermeisterin die Kriminalmeisterin (BaL) Erika John, Staatl. Kriminalkommissariat Eschwege (14. 8. 1963);

zum Kriminalmeister der Polizeihauptwachmeister (BaL) Günter Schäfer, Staatl. Kriminalkommissariat Eschwege (26. 8. 1963);

bei der staatlichen Polizei

ernannt

zu Polizeihauptmeistern die Polizeiobermeister (BaL) Kurt Frenzel, Landrat — PK — Eschwege (31. 7. 1963); Wilhelm Layda, Landrat — PK — Eschwege (31. 7. 1963); Harro Adolf, Landrat — PK — Frankenberg (30. 7. 1963); Walter Morgenroth, Landrat — PK — Frankenberg (30. 7. 1963); Franz Borchert, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (30. 7. 1963); Friedrich Krug, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (30. 7. 1963); Heinrich Stöhr, Landrat — PK — Fulda (31. 7. 1963); Karl Erwin, Landrat — PK — Hersfeld (30. 7. 1963); Karl Wittich, Landrat — PK — Hersfeld (30. 7. 1963); Heinrich Franz, Landrat — PK — Hofgeismar (30. 7. 1963); Heinrich Looschelders, Landrat — PK — Hünfeld (31. 7. 1963); Heinrich Müller, (10. 2. 1910) Landrat — PK — Kassel (29. 7. 1963); Ludwig Gnau, Landrat — PK — Marburg (30. 7. 1963); Hermann Greese, Landrat — PK — Marburg (30. 7. 1963); Johannes Rinninsland, Landrat — PK — Melsungen (30. 7. 1963); Heinrich Brenker, Landrat — PK — Rotenburg (29. 7. 1963); Julius Patzke, Landrat — PK — Rotenburg (29. 7. 1963); Johann Maibach, Landrat — PK — Waldeck (30. 7. 1963); Josef Olejniczak, Landrat — PK — Witzenhausen (30. 7.

1963); Arthur Hinnemann, Landrat — PK — Wolfhagen (30. 8. 1963); Willy Grothe, Landrat — PK — Ziegenhain (30. 7. 1963);

zu Polizeihauptmeister die Polizeiobermeister (BaL) Kurt Albrecht, PVB Bad Hersfeld (31. 7. 1963); Herbert Kretschmer, PVB Bad Hersfeld (31. 7. 1963); Walter Pietsch, PVB Bad Hersfeld (31. 7. 1963); Friedrich Arold, PVB Kassel (30. 7. 1963); Heinrich Werner, PVB Kassel (30. 7. 1963);

zu Polizeiobermeistern die Polizeimeister (BaL) Johann Göke, Landrat — PK — Eschwege (31. 7. 1963); Bruno Marquardt, Landrat — PK — Eschwege (31. 7. 1963); Wilhelm Bäumner, Landrat — PK — Frankenberg (30. 7. 1963); Johann Debelius, Landrat — PK — Frankenberg (30. 7. 1963); Adolf Pitz, Landrat — PK — Frankenberg (30. 7. 1963); Josef Gurk, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (15. 7. 1963); Friedrich Ramus, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (30. 7. 1963); Alfons Schelkle, Landrat — PK — Fulda (31. 7. 1963); Johann Zielhofer, Landrat — PK — Fulda (31. 7. 1963); Johann Trombach, Landrat — PK — Hersfeld (30. 7. 1963); Johannes Wettlaufer, Landrat — PK — Hersfeld (30. 7. 1963); Heinrich Baumbach, Landrat — PK — Hofgeismar (30. 7. 1963); Ewald Becker, Landrat — PK — Hofgeismar (30. 7. 1963); Wilhelm Brede, Landrat — PK — Hofgeismar (30. 7. 1963); Herbert Adomeit, Landrat — PK — Hünfeld (31. 7. 1963); Otto Ebert, Landrat — PK — Hünfeld (31. 7. 1963); Hans Morgenroth, Landrat — PK — Hünfeld (31. 7. 1963); Hermann Jordan, Landrat — PK — Kassel (30. 7. 1963); Karl Jungmann, Landrat — PK — Kassel (29. 7. 1963); Georg Schmidt, Landrat — PK — Kassel (29. 7. 1963); Konrad Bodenbender, Landrat — PK — Marburg (30. 7. 1963); Ferdinand Hanatschek, Landrat — PK — Marburg (30. 7. 1963); Josef Hoheisel, Landrat — PK — Marburg (30. 7. 1963); Heinrich Sauer, Landrat — PK — Marburg (30. 7. 1963); Otto Hübner, Landrat — PK — Melsungen (30. 7. 1963); Johann Schade, Landrat — PK — Melsungen (30. 7. 1963); Adam Möller, Landrat — PK — Rotenburg (29. 7. 1963); Friedrich Klein, Landrat — PK — Waldeck (30. 7. 1963); Karl Lamm, Landrat — PK — Waldeck (29. 7. 1963); Heinrich Schelberg, Landrat — PK — Waldeck (30. 7. 1963); Friedrich Fiege, Landrat — PK — Ziegenhain (Pol.-Stat. Ziegenhain) (30. 8. 1963); Wilhelm Jochem, PVB Bad Hersfeld (31. 7. 1963); Helmar May, PVB Kassel (30. 7. 1963); Adam Mohr, PVB Kassel (30. 7. 1963);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachmeister (BaL) Gottfried Herrmann, Landrat — PK — Eschwege (25. 7. 1963); Albert Philipp, Landrat — PK — Eschwege (25. 7. 1963); Wilhelm Rudewig, Landrat — PK — Eschwege (25. 7. 1963); Erwin Wolthusen, Landrat — PK — Eschwege (25. 7. 1963); Georg Chartschenko, Landrat — PK — Frankenberg (23. 7. 1963); Werner Daedelow, Landrat — PK — Frankenberg (23. 7. 1963); Josef Erdmann, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (19. 7. 1963); Erhard Pfeiffer, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (19. 7. 1963); Karl Quaschnigg, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (19. 7. 1963); Friedrich Schade, Landrat — PK — Fritzlar-Homberg (24. 7. 1963); Johann Buchta, Landrat — PK — Fulda (24. 7. 1963); Ferdinand Füller, Landrat — PK — Fulda (24. 7. 1963); Erich Paesold, Landrat — PK — Fulda (24. 7. 1963); Bruno Rohm, Landrat — PK — Fulda (29. 7. 1963); Siegfried Thomas, Landrat — PK — Fulda (24. 7. 1963); Fritz Wierschien, Landrat — PK — Fulda (29. 7. 1963); Heinrich Breitenbach, Landrat — PK — Hersfeld (24. 7. 1963); Richard Herwig, Landrat — PK — Hersfeld (24. 7. 1963); Albert Kahler, Landrat — PK — Hersfeld (24. 7. 1963); Heinrich Ley, Landrat — PK — Hersfeld (24. 7. 1963); Hans Schmermund, Landrat — PK — Hersfeld (24. 7. 1963); Ludwig Wurzer, Landrat — PK — Hersfeld (24. 7. 1963); Gustav Grebe, Landrat — PK — Hofgeismar (30. 7. 1963); Friedrich Benoni, Landrat — PK — Kassel (24. 7. 1963); Erich Krügener, Landrat — PK — Kassel (25. 7. 1963); Friedrich Messerschmidt, Landrat — PK — Kassel (24. 7. 1963); Friedrich Metz, Landrat — PK — Kassel (24. 7. 1963); Richard Schwarz, Landrat — PK — Kassel (9. 7. 1963); Franz Behmel, Landrat — PK — Marburg (23. 7. 1963); Wilhelm Junghans, Landrat — PK — Marburg (23. 7. 1963); Armin Klöß, Landrat — PK — Marburg (23. 7. 1963); Willi Olbert, Landrat — PK — Marburg (23. 7. 1963); Heinrich Schmidt, (21. 7. 1917), Landrat — PK — Marburg (25. 7. 1963); Heinrich Schmidt, (14. 9. 1921), Landrat — PK — Marburg (25. 7. 1963); Josef Schu-

bert, Landrat — PK — Marburg (25. 7. 1963); Egon Kalbreier, Landrat — PK — Melsungen (31. 8. 1963); Christian Kothe, Landrat — PK — Melsungen (24. 7. 1963); Walter Rademacher, Landrat — PK — Melsungen (23. 7. 1963); Heinrich Heckmann, Landrat — PK — Rotenburg (30. 7. 1963); Heinz Kreis, Landrat — PK — Rotenburg (28. 8. 1963); Paul Ziegler, Landrat — PK — Rotenburg (23. 7. 1963); Paul Gössl, Landrat — PK — Waldeck (26. 7. 1963); Walter Müller, Landrat — PK — Waldeck (24. 7. 1963); Oskar Sellemann, Landrat — PK — Waldeck (24. 7. 1963); Nikolaus Wenderoth, Landrat — PK — Witzenhäusen (25. 7. 1963); Wilhelm Baake, Landrat — PK — Wolfhagen (23. 7. 1963); Friedrich Fülling, Landrat — PK — Wolfhagen (24. 7. 1963); Rudolf Neumann, Landrat — PK — Ziegenhain (26. 7. 1963); Ernst Rade, Landrat — PK — Ziegenhain (26. 7. 1963); Benno Stelzer, Landrat — PK — Ziegenhain (26. 7. 1963); Walter Kruppka, Landrat — PK — Ziegenhain (Pol.-Stat. Ziegenhain) (30. 7. 1963); Karl Möller, PVB Bad Hersfeld (26. 7. 1963); Walter Domröse, PVB Kassel (25. 7. 1963); Alois Gerden, PVB Kassel (25. 7. 1963); Johann Heckmann, PVB Kassel (25. 7. 1963); Friedrich Knüttel, PVB Kassel (8. 8. 1963); Kurt Müller, PVB Kassel (25. 7. 1963); Hermann Sutor, PVB Kassel (25. 7. 1963); Heinrich Weißmann, PVB Kassel (25. 7. 1963); Stefan Wendland, PVB Kassel (25. 7. 1963); Daniel Wollenhaupt, PVB Kassel (25. 7. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachmeister (BaP) Walter Kemmler, Landrat — PK — Hersfeld (30. 7. 1963); Gerhard Krause, Landrat — PK — Hünfeld (18. 8. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Polizeiobermeister (BaL) Friedrich Rehbaum, PVB Kassel (1. 8. 1963).

Kassel, 11. 9. 1963

Der Regierungspräsident
P/1 Az.: 7 c 16/03 B
StAnz. 39/1963, S. 1129

k) Hessische Landesfeuerwehrschule Kassel

ernannt

zum Regierungsoberinspektor (BaL) Regierungsinpektor Heinrich Simon (28. 8. 1963);

zum Regierungshauptsekretär (BaL) Regierungsobersekretär Ernst Eckel (28. 8. 1963).

Kassel, 12. 9. 1963

Hessische Landesfeuerwehrschule Kassel
I Az.: 8 b

StAnz. 39/1963, S. 1130

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Polizeihauptmeister die Polizeiobermeister (BaL) Paul Bussewitz, Reg.-Präs. — EdL — Wiesbaden (30. 8. 63); Werner Feldmann, Landrat — PK — Untertaunus (28. 8. 1963); Philipp Göbel, Landrat — PK — Rheingau (14. 8. 63); Hubertus Götz, Landrat — PK — Schlüchtern (20. 8. 63); Walter Hagemeyer, Landrat — PK — Oberlahn (27. 8. 1963); Edmund Halupczok, Landrat — PK — Usingen (28. 7. 63); Alfred Hanßke, Landrat — PK — Biedenkopf (29. 8. 63); Otto Hepp, Landrat — PK — Obertaunus (13. 8. 1963); Johann Karl, Landrat — PK — Rheingau (15. 8. 63); Hermann Karth, Landrat — PK — Hanau (31. 8. 63); Helmut Kowalk, PVB Wiesbaden (19. 8. 63); Hans Langendorf, Landrat — PK — Usingen (28. 7. 63); Heinrich Messerschmidt, Landrat — PK — Obertaunus (9. 8. 63); Rudolf Meyer, Landrat — PK — Oberlahn (27. 8. 63); Hans Mickan, Landrat — PK — Main-Taunus (14. 8. 63); Josef Mies, Landrat — PK — Hanau (28. 6. 63); Bruno Plieth, Landrat — PK — Biedenkopf (5. 9. 63); Wilhelm Röhl, Landrat — PK — Wetzlar (10. 8. 63); Hans Schlegel, Landrat — PK — Hanau (29. 8. 63); Otto Schmitt, Landrat — PK — Limburg (13. 8. 63); Erwin Schönfleisch, Landrat — PK — Dillenburg (14. 8. 63); Robert Schütz, Landrat — PK — Limburg (13. 8. 63); Heinrich Siemon, PVB Wiesbaden (10. 8. 63); Karl Winter, PVB Idstein (30. 8. 63);

zum Polizeiobermeister die Polizeimeister (BaL) Gerhard Barschdorf, Landrat — PK — Oberlahn (27. 8. 63); Willi Dziuba, Landrat — PK — Dillenburg (26. 8. 63); Albert

Eckhardt, Landrat — PK — Gelnhausen (29. 8. 63); Heinrich Eurich, Landrat — PK — Hanau (29. 8. 63); Oskar Feuerstein, PVB Wiesbaden (26. 8. 63); Hellmut Geelhaar, PVB Wiesbaden (23. 8. 63); Erwin Haar, Landrat — PK — Untertaunus (28. 8. 63); Ernst Hedrich, Landrat — PK — Wetzlar (23. 8. 63); Walter Herrmann, Landrat — PK — Limburg (26. 8. 63); Egon Jasinski, Landrat — PK — Gelnhausen (29. 8. 63); Erich Klaas, Landrat — PK — Dillenburg (26. 8. 63); Gerhard Klotz, Landrat — PK — Untertaunus (28. 8. 63); Friedrich Kohl, Landrat — PK — Gelnhausen (29. 8. 63); Franz Kunze, Landrat — PK — Dillenburg (26. 8. 63); Rudolf Ließ, Landrat — PK — Main-Taunus (27. 8. 63); Siegfried Meißner, PVB Idstein (24. 8. 1963); Werner Neuber, Landrat — PK — Biedenkopf (29. 8. 63); Josef Nowitzki, PVB Wiesbaden (23. 8. 63); Heinrich Rösner, PVB Idstein (23. 8. 63); Heinrich Schmidt, Landrat — PK — Hanau (29. 8. 63); Konrad Schmidt, Landrat — PK — Hanau (29. 8. 63); Robert Schmidt, Landrat — PK — Biedenkopf (29. 8. 63); Helmut Schopp, Landrat — PK — Wetzlar (23. 8. 63); Johann Schwab, Landrat — PK — Main-Taunus (27. 8. 63); Otto Sonnabend, Landrat — PK — Rheingau (26. 8. 63); Otto Stoll, Landrat — PK — Oberlahn (27. 8. 63); Konrad Strate, Landrat — PK — Usingen (29. 7. 63); Hermann Timmermann, Landrat — PK — Wetzlar (23. 8. 63); Karl Wolf, Landrat — PK — Obertaunus (26. 8. 63);

zum Polizeimeister die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Heinrich Bedenbender, Landrat — PK — Dillenburg (15. 8. 1963); Günter Böcher, Landrat — PK — Usingen (27. 7. 63); Albert Egenolf, Landrat — PK — Limburg (14. 8. 63); Gisbert Eichhorn, Landrat — PK — Limburg (14. 8. 63); Kurt Eichler, Landrat — PK — Main-Taunus (14. 8. 63); Walter Herrmann, Landrat — PK — Limburg (14. 8. 63); Fritz Hofmann, Landrat — PK — Dillenburg (15. 8. 63); Heinz Iske, Landrat — PK — Oberlahn (27. 8. 63); Rudolf Jung, Landrat — PK — Limburg (14. 8. 63); Kurt Kaus, PVB Wiesbaden (14. 8. 63); Otto Klauß, Landrat — PK — Biedenkopf (29. 8. 63); Heinrich Kolb, Landrat — PK — Gelnhausen (29. 8. 63); Horst Kreck, Landrat — PK — Wetzlar (14. 8. 63); Josef Müller, Landrat — PK — Rheingau (28. 8. 63); Hans Perzel, Landrat — PK — Main-Taunus (14. 8. 63); Otto Pollex, Landrat — PK — Dillenburg (15. 8. 63); Otto Ritter, Landrat — PK — Wetzlar (14. 8. 63); Heinz Schultze, Landrat — PK — Biedenkopf (29. 8. 63); Heinrich Walter, Landrat — PK — Main-Taunus (19. 8. 63); Johannes Werz, PVB Wiesbaden (9. 8. 63); Horst Wohlan, Landrat — PK — Biedenkopf (29. 8. 63);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Polizeihauptwachtmeister Hubert Bendix, Landrat — PK — Rheingau (26. 8. 63); Karl-Friedrich Eckhardt, Landrat — PK — Wetzlar (27. 8. 63); Gebhard Görecke, Landrat — PK — Rheingau (31. 8. 63); Klaus Weinsheimer, Landrat — PK — Rheingau (26. 8. 63);

in den Ruhestand versetzt

die Polizeiobermeister (BaL) Friedrich Vogel, Landrat — PK — Hanau (1. 9. 1963); Polizeimeister (BaL) Heinrich Rode, Landrat — PK — Biedenkopf (1. 9. 1963);

entlassen auf eigenen Antrag

Polizeihauptwachtmeister (BaL) Fredy Walther, Landrat — PK — Dillenburg (1. 8. 63); Polizeihauptwachtmeister (BaPr) Ulrich Fink, PVB Wiesbaden (1. 9. 63).

Wiesbaden, 6. 9. 1963

Der Regierungspräsident

Dezernat I 3 LP
StAnz. 39/1963, S. 1130

ernannt

zu Kriminalmeistern die Polizeimeister Heinz Freund (BaL) (12. 8. 1963); Georg Hassenbach (BaL) (12. 8. 1963); Rudolf Werner (BaL) (12. 8. 1963);

zum Kriminaloberkommissar der Kriminalkommissar Reiner Fritzsche (BaL) (1. 8. 1963).

Wiesbaden, 12. 9. 1963

Der Regierungspräsident

I 3 — (1) — 70
StAnz. 39/1963, S. 1131

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

im Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Reg.-Bez. Kassel

ernannt

zum Rektor der Realschullehrer (BaL) Rudolf Stöber, Kirchhain, Landkrs. Marburg (28. 6. 1963);
zum Realschulkonrektor der Realschullehrer (BaL) Roland Hilger, Wolfhagen (21. 6. 1963);
zum Realschullehrer die Lehrer (BaL) Eduard Ungar, Melsungen (25. 6. 1963); Rolf Thümer, Sontra, Landkrs. Rotenburg (26. 7. 1963);
zur Realschullehrerin die Lehrerin (BaL) Erika Lietz, Melsungen (15. 7. 1963);
zum Sonderschullehrer der Lehrer (BaL) Heinrich Auel, Rotenburg a. d. F. (27. 6. 1963);

zum apl. Lehrer bzw. zur apl. Lehrerin (BaW) Walter Bettinger, Kassel (27. 6. 1963); Christa Okrent, Battenberg, Landkreis Frankenberg (8. 7. 1963); Gabriele Jahr, Kirchhain, Landkrs. Marburg (9. 7. 1963); Karl-Heinz Hartmann, Wollmar, Landkrs. Marburg (4. 7. 1963); Arnulf Hopf, Wherda, Landkrs. Marburg (8. 7. 1963); Eberhard Horn, Niederasphe, Landkrs. Marburg (8. 7. 1963); Dorothee Krüger, Marburg a. d. L. (8. 7. 1963); Karl-Heinz Gimbel, Stadt Allendorf, Landkrs. Marburg (15. 7. 1963); Ursula Diehl, Stadt Allendorf, Landkrs. Marburg (15. 7. 1963); Elisabeth Wilhelm, Heinebach, Landkrs. Melsungen (16. 7. 1963); Gerhard Mikosch, Sichertshausen, Landkrs. Marburg (15. 7. 1963); Dietlind Bauer, Kassel (15. 7. 1963); Ingeborg Stöcker, Neustadt, Landkrs. Marburg (15. 7. 1963); Dieter Mosburger, Hachborn, Landkrs. Marburg (15. 7. 1963); Wolfgang Heddrich, Hess.-Lichtenau, Landkrs. Witzhausen (18. 7. 1963); Arthur Wieser, Tann, Landkrs. Fulda (15. 7. 1963); Gerhard Fischer, Sachsenhausen, Landkreis Waldeck (1. 8. 1963); Kurt Finger, Gemünden/Wohra, Landkrs. Frankenberg (23. 7. 1963); Hans-Martin Betz, Altmorschen, Landkrs. Melsungen (22. 7. 1963); Wilfried Blackert, Guxhagen, Landkrs. Melsungen (24. 7. 1963); Eberhard Koch, Reichenbach, Landkrs. Witzhausen (22. 7. 1963); Irene Bock, Melsungen (29. 7. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Realschullehrer Helmut Siever, Grebenstein, Landkrs. Hofgeismar (28. 6. 1963);

in das Beamtenverhältnis auf Probe

die apl. Lehrer(innen) Josef Motl, Wabern, Landkrs. Fritzlar-Homberg, Walburga Romeis, Welkers, Landkreis Fulda (2. 7. 1963), Arnold Gnewuch, Verna, Landkrs. Fritzlar-Homberg (4. 7. 1963); Marieluise Bohne, Heiligenrode, Landkrs. Kassel (5. 7. 1963); Margarete Stricker, Marbach, Landkrs. Fulda (3. 7. 1963); Helga Schäfer, Cappel, Landkrs. Marburg (8. 7. 1963); Friedrich Heerich, Raboldshausen, Landkrs. Fritzlar-Homberg (12. 7. 1963); Brigitte Wähler, Homberg, Landkrs. Fritzlar-Homberg (14. 7. 1963); Erwin Heinemann, Wehrda, Landkrs. Hünfeld (18. 7. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Lehrer Erich Wartlick, Frankenberg (Eder) (1. 8. 1963); Lehrerin Elisabeth Schott, Oberrieden, Landkrs. Witzhausen (1. 8. 1963); Lehrerin Marie-Luise Freyschlag, Bauerbach, Landkrs. Marburg (1. 8. 1963);

entlassen

die apl. Lehrerinnen Margarethe Wettlaufer, Trutzhain, Landkrs. Ziegenhain (1. 8. 1963); Mechthild Heller, Hünfeld (1. 8. 1963);
die Lehrerin Hildegunde Nagel, Retterode, Landkrs. Witzhausen (1. 8. 1963);
die Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Elfriede Überhorst, Sachsenhausen, Landkreis Waldeck (1. 8. 1963);

Im höheren Schuldienst

ernannt

zum Oberstudiendirektor der Oberstudienrat (BaL) Dr. Ferdinand Groscurth, Bad Hersfeld (12. 7. 1963);
zum Oberstudienrat die Studienräte (BaL) Hans-Martin Lentke, Kassel (24. 7. 1963); Heinz Stegen, Kassel (16. 7. 1963);

entlassen

die Stud.-Assessorin Johanna Reininger, Fulda (1. 8. 1963);

Im Berufs-, Berufsfach- und Fachschuldienst**ernannt**

zum Oberstudienrat der Stud.-Rat (BaL) Achilles Brunner, Kassel (30. 7. 1963);
zum Studienreferendar bzw. zur Stud.-Referendarin (BaW) Herbert Bleßmann, Eschwege (15. 7. 1963); Helga Fröhlich, Ziegenhain (15. 7. 1963); Ursula Tourneau, Hünfeld (15. 7. 1963); Johannes Urner, Bebra (15. 7. 1963); Dipl.-Handelslehrer Heinz-Werner Ehbrecht, Melsungen (15. 7. 1963); Dipl.-Handelslehrerin Erika Wiesebach, Marburg a. d. L. (15. 7. 1963);
zum Studienrat (BaL) Stud.-Assessor Rolf Mulot, Kassel (11. 7. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Baurat im techn. Schuldienst Ernst Mekiffer, Kassel (16. 7. 1963); Stud.-Rätin Waltraud Budäus, Kassel (5. 7. 1963).

Kassel, 11. 9. 1963

Der Regierungspräsident

P/1 Az.: 7c 16/03 B

St.Anz. 39/1963, S. 1131

ernannt

zum Schulrat der Realschulrektor (BaL) Gerhard Kreß, Korbach (27. 8. 1963);

zum Volks- und Realschulrektor Realschulrektor (BaL) Herbert Fritzlär, Bad Wildungen, Landkreis Waldeck (12. 8. 1963);

zum Rektor an einer Sonderschule Rektor (BaL) Gerhard Peter, Treysa/Hephata, Landkreis Ziegenhain (20. 8. 1963);
zum Hauptlehrer an einer Sonderschule Lehrer (BaL) Walter Alex, Helsen, Landkreis Waldeck (21. 8. 1963);

zum Hauptlehrer die Lehrer (BaL) Wilhelm Schmitt, Margaretenhaun, Landkreis Fulda (25. 7. 1963); Franz Kaufhold, Steinau--Steinhaus, Landkreis Fulda (21. 8. 1963); Willy Schulz, Gilsa, Landkreis Fritzlar-Homberg (27. 8. 1963); der Sonderschullehrer (BaL) Georg Siebert, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (31. 7. 1963);

zum Realschullehrer bzw. zur Realschullehrerin die Lehrer(innen) (BaL) Heinrich Sälzer, Kassel (26. 7. 1963); Hildegard Toelle, Kassel (27. 7. 1963); Heinz Schlemm, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen (2. 8. 1963); Hans Meißner, Kassel (27. 7. 1963); Heinz Ullrich, Kassel (31. 7. 1963); Auguste Hubert, Melsungen (20. 8. 1963); Marie-Luise Füller, Kassel (22. 8. 1963); Medard Müller, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (23. 8. 1963); Anneliese Haase, Kassel (29. 7. 1963); Marga Ackermann, Hünfeld (27. 8. 1963); Ida Damm, Kassel (28. 8. 1963); Helmut Weckesser, Kassel (29. 8. 1963); die Lehrer (BaP) Gerhard Wohlfart, Treysa, Landkreis Ziegenhain (31. 7. 1963); Egon Lipke, Sand, Landkreis Wolfhagen (20. 8. 1963);

zum Sonderschullehrer bzw. zur Sonderschullehrerin die Lehrer(innen) (BaL) Hertha Herrmann, Fulda (13. 8. 1963); Herbert Wiethardt, Bad Sooden-Allendorf, Landkreis Witzenhausen (12. 8. 1963); Ilse Jung, Homberg, Landkreis Fritzlar-Homberg (13. 8. 1963); Ernst Koch, Homberg, Landkreis Fritzlar-Homberg (13. 8. 1963); Aenne Schulte, Wolfhagen (22. 8. 1963); Alfons Klempert, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (23. 8. 1963); Johann Haselbauer, Fritzlar, Landkreis Fritzlar-Homberg (15. 8. 1963); Josef Fadler, Nentershausen, Landkreis Rotenburg (20. 8. 1963); Helmut Brede, Arolsen, Landkreis Waldeck (29. 8. 1963);

zum apl. Lehrer bzw. zur apl. Lehrerin (BaW) Walter Körber, Großtaft, Landkreis Hünfeld (24. 7. 1963); Dieter Völker, Dalherda, Landkreis Fulda (25. 7. 1963); Rita Wrede, Johannesberg, Landkreis Fulda (22. 7. 1963); Elisabeth Lang, Neustadt, Landkreis Marburg (18. 7. 1963); Gudrun Hampel, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (18. 7. 1963); Klaus-Dieter Hammelstein, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (18. 7. 1963); Elisabeth Hummel, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (18. 7. 1963); Christel Franke, Josbach, Landkreis Marburg (22. 7. 1963); Margit Bormann, Rauschenberg, Landkreis Marburg (22. 7. 1963); Irmtraut Muth, Fronhausen, Landkreis Marburg (25. 7. 1963); Günter Semmler, Hess. Lichtenau, Landkreis Witzenhausen (2. 8. 1963); Wolfgang Letzing, Wickersrode, Landkreis Witzenhausen (31. 7. 1963); Jürgen Redecker, Frankenberg/Eder (16. 7. 1963); Ingeborg Dittrich, Sindorsfeld, Landkreis Marburg (1. 8. 1963); Ingeborg Biskamp,

Hess. Lichtenau, Landkreis Witzenhausen (5. 8. 1963); Gertrud Vonholdt, Melsungen (16. 7. 1963); Anneliese Persch, Gottsbüren, Landkreis Hofgeismar (1. 8. 1963); Peter Hablik, Kassel (2. 8. 1963); Monika Trochim, Hofgeismar (30. 7. 1963); Josef Riedl, Wölf, Landkreis Hünfeld (29. 7. 1963); Elisabeth Karges, Rückers, Landkreis Hünfeld (5. 8. 1963); Hildegard Suttner, Ebersberg, Landkreis Fulda (5. 8. 1963); Gerhard Oesterreich, Leimbach, Landkreis Hünfeld (29. 7. 1963); Reinhold Günther, Rückers, Landkreis Fulda (23. 7. 1963); Peter Ballmeier, Hünfeld (18. 7. 1963); Gisela Ellermann, Holzhausen, Landkreis Hofgeismar (1. 8. 1963); Hans Fuckert, Arolsen, Landkreis Waldeck (5. 8. 1963); Heinz Bartschek, Grebenstein, Landkreis Hofgeismar (1. 8. 1963); Annemarie Weber, Mahlerts, Landkreis Hünfeld (2. 8. 1963); Werner Schmidt, Mittelkalbach, Landkreis Fulda (5. 8. 1963); Lothar Schmitt, Hünfeld (30. 7. 1963); Herzlinde Schmidt, Ausbach, Landkreis Hersfeld (5. 8. 1963); Eva Gutsche, Langenstein, Landkreis Marburg (8. 8. 1963); Sigrid Leuschner, Niedermöllrich, Landkreis Melsungen (12. 8. 1963); Irmgard Garthe, Korbach (12. 8. 1963); Günter Sagan, Hettenhausen, Landkreis Fulda (12. 8. 1963); Anke Logemann, Immenhausen, Landkreis Hofgeismar (3. 8. 1963); Heinrich Himmelmann, Fürstenwald, Landkreis Hofgeismar (7. 8. 1963); Bodo Uhlmann, Frielendorf, Landkreis Ziegenhain (9. 8. 1963); Karl-Wilhelm Wehrle, Schrecksbach, Landkreis Ziegenhain (13. 8. 1963); Hans Grebe, Mengersberg, Landkreis Ziegenhain (12. 8. 1963); Hildegund Maass, Guxhagen, Landkreis Melsungen (6. 8. 1963); Gudrun Krug, Grebenstein, Landkreis Hofgeismar (3. 8. 1963); Heidi Ludorf, Hespringhausen, Landkreis Waldeck (12. 8. 1963); Uta Höhne, Trendelburg, Landkreis Hofgeismar (7. 8. 1963); Brunhilde Hartmann, Gethsemene, Landkreis Hersfeld (13. 8. 1963); Gisela Bächt, Lembach, Landkreis Fritzlar-Homberg (9. 8. 1963); Karl-Werner Böttigheimer, Hausen, Landkreis Witzenhausen (15. 8. 1963); Helmut Biedendorf, Niederkaufungen, Landkreis Kassel (15. 8. 1963); Petra Wiegand, Flieden-Döngesmühle, Landkreis Fulda, (14. 8. 1963); Rotraut Baumgart, Unterhaun, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Christiane Wittmann, Bad Hersfeld (21. 8. 1963); Erika Domes, Rudolphshan, Landkreis Hünfeld (20. 8. 1963); Erika Fliedel, Großtaft, Landkreis Hünfeld (22. 8. 1963); Irmgard Fleißner, Hünfeld (22. 8. 1963); Anita Dyhr, Maberzell, Landkreis Fulda (20. 8. 1963); Gerda Arnold, Kirchheim, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Paul Biens, Niederaula, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Christa Fack, Wölfershausen, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Heike Janssen, Ransbach, Landkreis Hersfeld (9. 8. 1963); Ursula Herzig, Langenhain, Landkreis Eschwege (13. 8. 1963); Sigmund Wilke, Altenbauna, Landkreis Kassel (19. 8. 1963); Gisela Gerlach, Neustadt, Landkreis Marburg (19. 8. 1963); Margarethe Feldpausch, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (19. 8. 1963); Oskar Rüdtenklau, Rengershausen, Landkreis Kassel (16. 8. 1963); Anni Fehling, Hofgeismar (7. 8. 1963); Heinrich Weißhaar, Eschenstruth, Landkreis Kassel (15. 8. 1963); Heide Nohl, Helmarshausen, Landkreis Hofgeismar (12. 8. 1963); Gudrun Müller, Hatterode, Landkreis Ziegenhain (15. 8. 1963); Anne-Margaret Obermayr, Ziegenhain (15. 8. 1963); Heribert-Otto Schmitt, Hosenfeld, Landkreis Fulda (19. 8. 1963); Helmut Liebau, Schwarzenborn, Landkreis Ziegenhain (20. 8. 1963); Marlene Waider, Steinau-Steinhaus, Landkreis Fulda (20. 8. 1963); Jürgen Albrecht, Kassel (12. 8. 1963); Joachim Schmidt, Bebra, Landkreis Rotenburg (21. 8. 1963); Günther Schmidt, Schwarzenhasel, Landkreis Rotenburg (21. 8. 1963); Gerlinde Köhler, Cornberg, Landkreis Rotenburg (21. 8. 1963); Wilhelm Purkl, Rengshausen, Landkreis Rotenburg (21. 8. 1963); Gerlinde Roy, Sontra, Landkreis Rotenburg (22. 8. 1963); Ingrid Bachor, Nentershausen, Landkreis Rotenburg (21. 8. 1963); Hans-Joachim Siegk, Wattenbach, Landkreis Kassel (22. 8. 1963); Bernhard Schneider, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen (22. 8. 1963); Hartmut Soßdorf, Wolfhagen (22. 8. 1963); Egbert Uekermann, Kassel (21. 8. 1963); Helga Prüfer, Hünfeld (21. 8. 1963); Renate Weber, Fulda (23. 8. 1963); Gertraude Groh, Schenklingfeld, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Herbert Ziegler, Bad Hersfeld (21. 8. 1963); Christiane Böhme, Löhnbach, Landkreis Frankenberg (20. 8. 1963); Ingelinde Eichhorn, Röhrenfurth, Landkreis Melsungen (22. 8. 1963); Monika Heinze, Gombeth, Landkreis Fritzlar-Homberg (21. 8. 1963); Hans Hartgen, Borken, Landkreis Fritzlar-Homberg (21. 8. 1963); Dorothea Zühlke, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen

(22. 8. 1963); Elisabeth Thomsen, Malsfeld, Landkreis Melungen (22. 8. 1963); Rudolph Schmitt, Großenritte, Landkreis Kassel (21. 8. 1963); Gisela Schindler, Großalmerode, Landkreis Witzzenhausen (22. 8. 1963); Uta Kempf, Kassel (22. 8. 1963); Helga Thiel, Neukirchen, Landkreis Ziegenhain (20. 8. 1963); Ute Bollmann, Arolsen, Landkreis Waldeck (22. 8. 1963); Helga Hocke, Ziegenhain (23. 8. 1963); Dorothea Kewersun, Frankenberg/Eder (22. 8. 1963); Rotraud Henjes, Frankenberg/Eder (22. 8. 1963); Sieglinde Leyhe, Helsen, Landkreis Waldeck (22. 8. 1963); Maria Helene Kutscha, Arolsen, Landkreis Waldeck (22. 8. 1963); Erika Friedrich, Ostheim, Landkreis Hofgeismar (9. 8. 1963); Gisela Schmitts, Frankenberg/Eder (22. 8. 1963); Gerda Müller, Treysa, Landkreis Ziegenhain (22. 8. 1963); Hans May, Wasenberg, Landkreis Ziegenhain (22. 8. 1963); Hildburg Eisel, Ronshausen, Landkreis Rotenburg (22. 8. 1963); Mechthild Feigs, Ronshausen, Landkreis Rotenburg (22. 8. 1963); Gerhard Offer, Obersuhl, Landkreis Rotenburg (22. 8. 1963); Elke Lampe, Ziegenhagen, Landkreis Witzzenhausen (22. 8. 1963); Bernd Quentin, Eschwege, Landkreis Eschwege (22. 8. 1963); Renate Reußner, Eschwege (22. 8. 1963); Gerhard Strieb, Eschwege (22. 8. 1963); Gertrud Voß, Altenburschla, Landkreis Eschwege (22. 8. 1963); Günter Schnell, Eschwege (22. 8. 1963); Sieglinde Oralek, Röhrda, Landkreis Eschwege (22. 8. 1963); Heinz Luschka Germerode, Landkreis Eschwege (22. 8. 1963); Heribert Pohlner, Eschwege (22. 8. 1963); Kurt Mängel, Großalmerode, Landkreis Witzzenhausen (22. 8. 1963); Elmar Eyerund, Kassel (22. 8. 1963); Ingeborg Friedrich, Ihringshausen, Landkreis Kassel (22. 8. 1963); Helmut Wagner, Ronshausen, Landkreis Rotenburg (20. 8. 1963); Hilde Brose, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (22. 8. 1963); Isolde Gerhardt, Rückers, Landkreis Fulda (23. 8. 1963); Axel Hebold, Stadt Allendorf, Landkreis Marburg (22. 8. 1963); Ursel Seidel, Wabern, Landkreis Fritzlar-Homberg (21. 8. 1963); Elmar Frank, Fulda (23. 8. 1963); Christian Baltes, Gombeth, Landkreis Fritzlar-Homberg (21. 8. 1963); Helga Behrens, Eschwege (22. 8. 1963); Bernhard Lemke, Großenglis, Landkreis Fritzlar-Homberg (22. 8. 1963); Kurt Ritschel, Fritzlar (22. 8. 1963); Rotraud Simon, Kerspenhausen, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Erich Ruß, Heimbaldshausen, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Ingrid Synowzik, Obersuhl, Landkreis Rotenburg (22. 8. 1963); Dieter Schlieben, Wölfershausen, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Ingrid Ullrich, Fulda (26. 8. 1963); Annemarie Pohl, Großelnüder, Landkreis Fulda (21. 8. 1963); Gritta Ulrich, Schweinsberg, Landkreis Marburg (26. 8. 1963); Albin Vogel, Rommershausen, Landkreis Ziegenhain (23. 8. 1963); Werner Schlosser, Kleinensee, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Helmut Schneider, Trockenerfurth, Landkreis Fritzlar-Homberg (22. 8. 1963); Hans Ebbrecht, Kassel (26. 8. 1963); Rüdiger Falk, Kassel (26. 8. 1963); Hannelore Thielemann, Kassel (23. 8. 1963); Gerhard Schüler, Kassel (23. 8. 1963); Uta Rautz, Kassel (22. 8. 1963); Ursula Richter, Rengershausen, Landkreis Kassel (23. 8. 1963); Renate Sauer, Kassel (23. 8. 1963); Gudrun Rullmann, Kassel (23. 8. 1963); Gerlinde Rühl, Kassel (23. 8. 1963); Lothar Gieseler, Erdmannrode, Landkreis Hünfeld (27. 8. 1963); Norbert Kalinowski, Ufhausen, Landkreis Hünfeld (27. 8. 1963); Doris Lange, Hofaschenbach, Landkreis Hünfeld (27. 8. 1963); Gunhilde Weede, Niederkaufungen, Landkreis Kassel (27. 8. 1963); Karola Hagen, Rengershausen, Landkreis Kassel (26. 8. 1963); Ingrid Höhne, Hoof, Landkreis Kassel (26. 8. 1963); Walter Jungmann, Berndshausen, Landkreis Fritzlar-Homberg (23. 8. 1963); Brigitte Herwig, Asbach, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Heinz Hildebrandt, Datterode, Landkreis Eschwege (26. 8. 1963); Gottfried Nitsch, Hünfeld (26. 8. 1963); Willi Heinel, Kassel (27. 8. 1963); Jutta Desmarets, Kassel (29. 8. 1963); Dorothea Dietrich, Kassel (29. 8. 1963); Ernst Ulrich Restat, Kassel (28. 8. 1963); Volker Reißer, Kassel (29. 8. 1963); Edeltraud Pie-ruschek, Kassel (27. 8. 1963); Ingrid Siegel, Eschwege-Niederhone (30. 8. 1963); Eberhard Ellenberger, Philippsthal, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Inge Geldmacher, Gemünden/Wohra, Landkreis Frankenberg (27. 8. 1963); Ingeborg Blumenstengel, Battenberg, Landkreis Frankenberg (27. 8. 1963); Rosemarie Schott, Treysa, Landkreis Ziegenhain (28. 8. 1963); Annegret Geiger, Battenberg, Landkreis Frankenberg (27. 8. 1963); Heinz Haack, Solz, Landkreis Rotenburg (29. 8. 1963); Helga Finster, Kassel (29. 8. 1963); Dietrich Theisen, Kassel (27. 8. 1963); Heide Wesel, Kassel (28. 8. 1963); Volker Wimmer, Philippsthal, Landkreis Hersfeld (21. 8. 1963); Annemarie Kaiser, Hom-

berg (21. 8. 1963); Siglinde Heinemann, Homberg (21. 8. 1963); Rolf Jahn, Grifte, Landkreis Fritzlar-Homberg (26. 8. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe
die apl. Lehrer(innen) Hermann Biskamp, Münchhausen, Landkreis Marburg (22. 7. 1963); Margarete Bleil, Kassel (30. 7. 1963); Hildegard Dietrich, Fritzlar (5. 8. 1963); Irene Garbsch, Kassel (20. 8. 1963); Waltraud Reuter, Oberellenbach, Landkreis Rotenburg (22. 8. 1963);

in den Ruhestand versetzt
Lehrer Ernst Happe, Buhlen, Landkreis Waldeck (1. 9. 1963);
Lehrerin Gertrud Schmidt, Petersberg, Landkreis Fulda (1. 9. 1963);

entlassen
apl. Lehrerin Inge Brand, Jesberg, Landkreis Fritzlar-Homberg (16. 6. 1963);

Im höheren Schuldienst

ernannt
zur Studienrätin die Oberschullehrerin (BaL) Elsbeth Bluhm, Frankenberg/Eder (2. 9. 1963);
zum Studienrat bzw. zur Studienrätin (BaL) die Stud.-Ass. Gisela Brandt, Kirchhain (26. 7. 1963); Karl-Heinz Kestler, Kassel (25. 7. 1963); Dr. Hans-Karl Emmerich, Kassel (5. 8. 1963); Dr. Alois Slama, Arolsen, Landkreis Waldeck (17. 8. 1963); Hans-Georg Frey, Kirchhain (9. 8. 1963); Ernst Hahn, Eschwege (22. 8. 1963); Ursula Vaupel, Eschwege (17. 8. 1963);
zum Studienass. (BaP) die Assessoren im Lehramt Dr. Johannes Jäger, Fulda (22. 8. 1963); Ruprecht Kampe, Treysa (22. 8. 1963); Jürgen Keye, Kassel (21. 8. 1963); Joachim Zapkan, Kassel (21. 8. 1963); Wolfgang Sattler, Marburg an der Lahn (21. 8. 1963); Waldemar Zylla, Kassel (24. 8. 1963);
zur Studienassessorin (BaP) die Ass. im Lehramt Doris Becker, Marburg an der Lahn (22. 8. 1963); Ursula Giesen, Cappel (22. 8. 1963); Maria Lütkemeyer, Marburg an der Lahn (22. 8. 1963); Johanna Kinzebach, Amöneburg (24. 8. 1963);

Im Berufs-, Berufsfach- und Fachschuldienst

ernannt
zur Fachlehrerin an einer berufsbildenden Schule (BaP) die Lehrkraft im Angest.-Verh. Margarete Großpietsch, Korbach (1. 9. 1963);
zum Studienreferendar (BaW) die Dipl.-Handelslehrer(in) Heinz Brockmann, Marburg (2. 9. 1963); Fritz Eifert, Homberg (2. 9. 1963); Diethelm Heß, Fulda (2. 9. 1963); Wolfgang Jordan, Hünfeld (2. 9. 1963); Rosemarie Waßmuth, Marburg an der Lahn (2. 9. 1963);
zum Studienassessor (BaP) der Ass. im Lehramt Benno Philipp, Kassel (19. 8. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
die Studienräte Karl König, Bad Hersfeld (15. 8. 1963);
Rolf Rabe, Bad Hersfeld (6. 8. 1963);

entlassen
Stud.-Rätin Maria Katschinski, Hilders (1. 9. 1963).

Kassel, 11. 9. 1963

Der Regierungspräsident
P/1 Az.: 7 c 16/03 B
StAnz. 39/1963, S. 1131

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt
zum Regierungsoberinspektor Regierungsinpektor Josef Gaida, Techn. Überwachungsamt Kassel (8. 8. 1963);
zum Hauptwerkmeister Oberwerkmeister Willi Krystek, Techn. Überwachungsamt Kassel (30. 8. 1963).

Kassel, 11. 9. 1963

Der Regierungspräsident
P/1 Az.: 7 c 16/03 B
StAnz. 39/1963, S. 1133

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

Forstverwaltung

ernannt

zum Oberforstmeister die Forstmeister (BaL) Rudolf Graulich, FA Bensheim (8. 7. 1963); Willy Raiss, FA Rodgau (8. 7. 1963);
zum Forstmeister (BaL) Forstassessor Wolfgang Grünwald, FA Jesberg (26. 6. 1963);
zum Oberförster die Revierförster (BaL) Erich Behrendt, FA Hatzfeld (24. 7. 1963); Leo Cyrus, FA Ehlen (24. 7. 1963); Heinrich Meurer, FA Hatzfeld (24. 7. 1963); Karl Seipp, FA Darmstadt (31. 5. 1963); Karl Winter, FA Kelsterbach (31. 5. 1963);
zum Revierförster (BaL) die apl. Revierförster Günther Biewald, FA Großenlüder (28. 6. 1963); Manfred Burth, FA Rhoden (6. 8. 1963); Eugen Hörder, FA NeuhoF-West (29. 7. 1963); Gerhard Leubecher, FA Luisenthal (28. 6. 1963); Justus Siebert, FA Oberaula (28. 6. 1963); Karl-Heinz Steinhauer, FA Mengersberg (31. 5. 1963);
zum apl. Revierförster (BaP) Otto Schön, Bez. Wiesbaden (26. 6. 1963);
zum Revieroberforstwart die Oberforstwarte G. Eisenhauer, FA Birkenau (8. 7. 1963); Willibald Ruppert, FA Jesberg (12. 8. 1963); Franz Wagner, FA Rauschenberg (12. 8. 1963);
zum Oberforstwart die Revierforstwarte (BaL) Hermann Merkel, FA Hofgeismar (12. 8. 1963); Gerhard Sendler, FA NeuhoF-Ost (12. 8. 1963);

in den Ruhestand treten (nach Erreichen der Altersgrenze)

Oberförster Karl Blau, FA Neukirchen (Ende Juli 1963); Reg.-Ammann Ludwig Hüllen, RP Darmstadt (Ende August 1963);

Oberforstwart Heinrich Henke, FA Meißner (Ende August 1963);

Oberförster Otto Bauer, FA Hombressen (Ende September 1963);

in den Ruhestand versetzt

Oberforstwart Heinrich Ludolph, FA Hess. Lichtenau (Ende September 1963);

die Oberförster Georg Klima, FA Wolfgang (Ende September 1963); August Ponndorf, FA Schlüchtern (Ende Juli 1963); Friedrich Bayerer, FA Grünberg (Ende September 1963);

Revierförster Peter Altmannsberger, FA Konradsdorf (Ende November 1963);

die Oberforstwarte Philipp Münstermann, FA Bensheim (Ende September 1963); Heinrich Müller, FA Michelstadt (Ende November 1963).

Wiesbaden, 10. 9. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
PR 1b — 7 o — Tgb.-Nr. 1/63

StAnz. 39/1963, S. 1134

997 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Benennung von Gemeindeteilen im Landkreis Offenbach/M.

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. 2. 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) werden die in der Stadt Mühlheim/Main gelegenen Wohnplätze

- a) „Markspitze“
- b) „Grüner See“

aufgehoben.

Darmstadt, 10. 9. 1963

Der Regierungspräsident

In Vertretung

gez. Dr. Kiskalt

I/2a — 3 k 02/05 (2)

StAnz. 39/1963, S. 1134

998 KASSEL

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Erdmannrode, Kreis Hünfeld

I. Auf Antrag der Gemeinde Erdmannrode, Kreis Hünfeld, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—16) für die auf dem Grundstück, Flurstück 115/1, Flur 1, Gemarkung Erdmannrode, gelegene Trinkwassergewinnungsanlage (Quelle) der Gemeinde Erdmannrode gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff) i. d. F. des Änderungsgesetzes vom 19. 2. 1959 (BGBl. I S. 37) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt, das

a) als Fassungsbereich (Zone I)

die Grundstücke, Gemarkung Erdmannrode, Flur 1, Flurstücke 114 teilw., 115/1 teilweise und 117/1 teilweise;

b) als engere Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke, Gemarkung Erdmannrode, Flur 1, Flurstücke 111 teilweise, 113 teilweise, 114 teilweise, 115/1 teilweise, 116/1, 117/1 teilweise, 118, 119, 120, 125 teilweise, 131, 132, 171 teilweise, 178 teilweise, 191/110 teilweise, 192/121, 193/122 teilweise, 194/122 und Gemarkung Oberförsterei Hersfeld, Wippershain, Flur 3, Flurstück 97/17 teilweise;

c) als weitere Schutzzone (Zone III A und Zone III B)

die östlich des Bätzenberges und westlich des Mühlberges zwischen den Gemeinden Erdmannrode — Wüsfeld

— Dinkelrode — Wippershain gelegene auf der topographischen Übersichtskarte (M 1:10 000) gelb umrandete Grundstücksfläche umfaßt.

Die topographische Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie der Lageplan (M 1:1500) ausgefertigt am 18. 4. 1962 in dem die Zone I rot, die Zone II grün und die Zone III A gelb gestrichelt und die Zone III B gelb abgegrenzt ist, sind Bestandteil dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel niedergelegt, eine weitere Ausfertigung derselben befindet sich beim Landrat in Hünfeld.

II. Innerhalb der Schutzzone sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann. Im einzelnen gelten folgende Schutzbestimmungen:

Zu a) In dem Fassungsereich sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsereiches durch Unbefugte; er ist daher einzuzäunen und mit einer zusammenhängenden Grasdecke zu versehen;
2. jegliche Nutzung der Fassungsereichfläche mit Ausnahme einer etwaigen Heuwerbung. Bei der Heuwerbung dürfen keine Zugtiere die Fläche betreten. Eine Beweidung des Fassungsereichs ist untersagt;
3. jede Düngung;
4. die Schädlings- und Aufwuchsbekämpfung. Entsprechende Verbotsschilder sind an gut sichtbaren Stellen an der Umzäunung anzubringen. Ferner wird noch angeordnet, daß das Wasser vom Hang oberhalb des Fassungsereiches durch einen Fanggraben abzuführen und seitlich abzuleiten ist. Diese Seitengräben sind mit einer Tonschicht von 20 cm Stärke auszukleiden und darauf sind Betonschalen von 30 cm ϕ zu verlegen. Die Fugen sind wasserdicht auszufüllen. Im übrigen gelten im Fassungsereich auch die Verbote zu b) und zu c).

Zu b) In der engeren Schutzzone sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche wie die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasser Oberfläche, die Anlage von Müll- und Schutt-ablagerungsplätzen, sowie das Vergraben von Tierleichen;

2. das Einbringen in den Boden und das Lagern von festen und flüssigen Stoffen und Abfallstoffen, durch die das Grundwasser erfahrungsgemäß verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann, sowie alle anderen entsprechenden Betätigungen und Maßnahmen;
3. die Errichtung oder Veränderung von Bauwerken i. S. des § 2 der Hess. Bauordnung;
4. die Jauchedüngung. Eine Mistdüngung — mit Ausnahme der zum Fassungsbebereich hin entwässernden Grundstücksflächen — ist dann zugelassen, wenn der Mist nach Anfuhr sofort verteilt und untergepflügt wird;
5. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
6. die Anlage von Tankstellen, Treibstoff- und Öllagern und Gewerbebetrieben mit Anfall von schädlichen Stoffen wie Bauschutt, Industrieschlacke und Chemikalien und
7. die Anlage von Sport-, Zelt- und Lagerplätzen sowie von Parkplätzen.
8. Es wird hiermit ferner angeordnet, daß
 - a) Wegseitengräben innerhalb der engeren Schutzzone mit Betonhalbschalen auszulegen sind. Die Fugen sind wasserdicht zu schließen;
 - b) befestigte, für Kraftfahrzeuge zugelassene Wege und Straßen nur dann angelegt werden dürfen, wenn sichergestellt ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt werden kann. Im übrigen gelten in der engeren Schutzzone auch die Verbote zu c).

Zu c) In der weiteren Schutzzone (Zone III A) sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwassererregungs- und Verrieselungsanlagen, von Kläranlagen und Sickergruben;
2. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
3. das Aufstellen von Behältern mit Heizöl und Treibstoff von mehr als 10 m³ und im Falle fehlender zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen; auch solche bis zu 10 m³ Inhalt;
4. die Anlage von Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
5. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
6. die Neuanlage von Friedhöfen.

Hinsichtlich der weiteren Schutzzone (Zone III B) sind verboten:

1. die Abasserversenkung und die Versenkung radioaktiver Stoffe;
2. die Ablagerung von Stoffen mit auslaugbaren Chemikalien;
3. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften, Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
4. die Verlegung von Treibstoff- und Ölleitungen und
5. ie Anlage von Siedlungen ohne einwandfreie Kanalisation oder Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton.

III. Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Ausnahmen können nur dann zugelassen werden, wenn durch im einzelnen zu bestimmende Maßnahmen und Auflagen jede schädliche Einwirkung auf das Grundwasser mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die jeweils zuständige untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000 DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000 DM geahndet werden.

Kassel, 30. 8. 1963

Der Regierungspräsident
 III/5 Az.: 63 h 02/11 (Nr. 32)
 Im Auftrag
 gez. Ey
 StAnz. 39/1963, S. 1134

999

Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger und Schätzer

Die am 11. 11. 1948 erfolgte öffentliche Bestellung des Beamten i. R. Georg Schäfer, Kassel, Herkulesstr. 105, als Sachverständiger und Schätzer für Hoch-, Tief- und Wasserbau für den Regierungsbezirk Kassel ist erloschen.
 Kassel, 23. 8. 1963

Der Regierungspräsident
 III/1a Az.: 73 c 20 a
 StAnz. 39/1963, S. 1135

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN“

1963

Montag, den 30. September 1963

Nr. 39

Veröffentlichungen

2700 a

Einziehung eines öffentlichen Weges in Neukirchen

Der öffentliche Weg, Gemarkung Neukirchen, Flur 31, Flurstück 180/2, in der Größe von 1,15 Ar, soll eingezogen werden. Für die Beibehaltung des Weges liegt ein Verkehrsbedürfnis nicht mehr vor.

Die Karte, aus der die Lage des einzuziehenden Weges ersichtlich ist, liegt im Rathaus Neukirchen, Zimmer 4, zur Einsicht offen. Gemäß § 6 Abs. 2 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. 10. 1962 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 437) wird die beabsichtigte Einziehung hiermit angekündigt.

Bedenken gegen die beabsichtigte Einziehung sind innerhalb von 3 Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntma-

chung bei der unterzeichneten Offenlegungsstelle geltend zu machen.

3579 Neukirchen, 19. 9. 1963

Der Magistrat

Walper, Bürgermeister
 Az.: 660/05

Gerichtsangelegenheiten

2701

Teilerlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

H 195: Dem Steuerberater Dr. jur. Theo Hopfenmüller in Gießen ist eine Teilerlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung erteilt.

Diese Teilerlaubnis beschränkt sich auf folgende Sachgebiete:

1. Handelsrecht (Recht des Handelsstandes, der Handels- und Kapitalgesellschaften) und

2. Vertrags- und Erbrecht.

Die Teilerlaubnis gilt für die Stadt Gießen. Sie berechtigt nicht zu mündlichen Verhandlungen vor Gerichten.

63 Gießen, 24. 4. 1963

Der Landgerichtspräsident

2702

Öffentliche Zustellung

In der Verwaltungsrechtsache der Bundesrepublik Deutschland (Grenzschutzverwaltung Mitte in Kassel) gegen den ehemaligen Beamten im Bundesgrenzschutz Hans-Ulrich Schwantes in Hünfeld, Molzbacherberg, z. Z. unbekanntem Aufenthalts, wegen Schadensersatzforderung — VG Nr. I 479/63 — hat die I. Kammer des Verwaltungsgerichts in Kassel mit Beschluß vom 16. September 1963 die öffentliche Zustellung angeordnet.

Die Klageschrift vom 7. September 1963 ist ab 30. September 1963 an der Bekannt-

machungstafel des Verwaltungsgerichts ausgehängt.

Termin zur mündlichen Verhandlung, zu der hiermit der Beklagte Gärtner Hans-Ulrich Schwantes geladen wird, ist auf Mittwoch, den 6. November 1963 um 9 Uhr, im Sitzungssaal (Zimmer 113) des Verwaltungsgerichts in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, anberaumt worden.

35 Kassel, 18. 9. 1963

Verwaltungsgericht Kassel

2703 Aufgebote

30 F 11/62 — 16. 9. 1963 **Aufgebot**: Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Fues in Hanau hat das Aufgebot und die Kraftloserklärung des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Wolfgang, Band 4, Blatt 145 in Abt. III lfd. Nr. 3 für die Sächsische Bodencreditanstalt in Frankfurt (Main), eingetragene Hypothek in Höhe von 40 000,— Deutsche Mark beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, dem 8. Januar 1964 um 11 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hanau, Nußallee 17, Zimmer 13, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und den Brief vorzulegen, widrigenfalls dessen Kraftloserklärung erfolgen wird.

645 Hanau (Main), 16. 9. 1963

Amtsgericht

2704 Güterrechtsregister Neueintragung

GR 396 — 19. September 1963: Kaufmann Ernst Wulf und Stephanie geb. Stephan in Haiger (Dillkreis).

Durch Vertrag vom 29. Mai 1963 ist Gütertrennung unter Ausschluß der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

634 Dillenburg, 19. 9. 1963

Amtsgericht

2705

GR 243: Eheleute BGS-Beamter Karl Heinz Müller und Ursula Maria Franziska geb. Becker in Großenbach, Krs. Hünfeld.

Durch Vertrag vom 6. August 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 12. 9. 1963

Amtsgericht

2706

GR 229 A: Dachdeckermeister Wilhelm Oehl, Sachsenhausen, Klingerstraße 1, und Fräulein Brigitte Skowasch, Sachsenhausen, Klingerstraße 1.

Durch notariellen Vertrag vom 17. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

354 Korbach, 12. 9. 1963

Amtsgericht

2707

GR 149 — 19. September 1963: Eheleute Landwirt und Arbeiter Ludwig Eckert und Marie geb. Holas in Helfersdorf Nr. 24.

Durch notariellen Vertrag vom 25. Juli 1963 ist Gütergemeinschaft nach § 1415 ff. BGB vereinbart.

648 Wächtersbach, 19. 9. 1963

Amtsgericht

2708

GR 500: Eheleute Gießer Willi Brück und Susanne geb. Schäfer, Erda, Bergstraße 8.

Durch notariellen Vertrag vom 1. August 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

633 Wetzlar, 18. 9. 1963

Amtsgericht

2709

GR 2522 A — 6. 9. 63: Eheleute Bauingenieur Wolfgang Wagner und Renate Gretel Toska geb. Günther in Wiesbaden-Sonnenberg.

Durch Ehevertrag vom 12. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2523 A — 12. 9. 63: Eheleute Kaufmann Rudolf Drollinger und Rosemarie geb. Hilde in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 15. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2524 A — 16. 9. 63: Eheleute Gärtner Erich Roscher und Rosemarie geb. Rolleck in Mainz-Kostheim.

Durch Ehevertrag vom 18. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 19. 9. 1963

Amtsgericht

2710

3 GR 306: Kaufmann Erhard Paul Mors und Erika Mors, geb. Landshöft, beide in Bad Sooden-Allendorf.

Durch Vertrag vom 19. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

343 Witzenhausen, 10. 9. 1963

Amtsgericht

2711 Handelsregister

Herabsetzung des Stammkapitals

Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung der Fa. Gebr. Worm, GmbH, Kassel, vom 5. Juli 1963 ist das Stammkapital von DM 60 000 auf DM 20 000 herabgesetzt worden. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft zu melden.

35 Kassel-Bettenhausen, 18. 9. 1963

Gebr. Worm, GmbH

2712 Vereinsregister

Neueintragung

VR 165 — 12. 9. 1963: Fußball-Sport-Verein Hohe Luft Bad Hersfeld 1946 in Bad Hersfeld (Hohe Luft).

643 Bad Hersfeld, 12. 9. 1963

Amtsgericht

2713

Neueintragung

VR 74 — 12. September 1963 — Verein: Tierschutzverein Münster, Krs. Dieburg und Umgebung e. V., Sitz: Münster.

611 Dieburg, 12. 9. 1963

Amtsgericht

2714

5 VR 254 — 27. 8. 1963: Fußball-Club Britannia 1911 e. V. in Eichenzell, Kreis Fulda.

64 Fulda, 18. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 5

2715

Neueintragung

VR 72 — 11. 9. 1963: Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Fürth (Odw.) e. V. im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau. Sitz: Fürth i. Odw.

6149 Fürth (Odenwald), 16. 9. 1963

Amtsgericht

2716

Veränderung

41 VR 70 — 17. 9. 1963: Turn- und Sportvereinigung 1860 Hanau. Der Name des Vereins wurde in der Jahreshauptver-

sammlung vom 29. 3. 1957 geändert in: „Turn- und Sportverein 1860 Hanau“.

645 Hanau, 18. 9. 1963 Amtsgericht, Abt. 41

2717

Neueintragung

VR 959 — 11. 9. 63: Fachverband Siebdruck, Wiesbaden, Weinbergstraße 2.

Löschung

VR 348 — 9. 9. 63: Mandolinenverein 1923, Wiesbaden-Schierstein. Der Verein hat auf Rechtsfähigkeit verzichtet.

62 Wiesbaden, 19. 9. 1963

Amtsgericht

2718 Vergleiche — Konkurse

N 162: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Esto-Kostüme Alfred Böttcher KG, Ronshausen ü. Bebra, Aktenzeichen: N 162 Amtsgericht Rotenburg (Fulda) —, soll eine Abschlagsverteilung stattfinden.

Der zur Verteilung verfügbare Massebestand beträgt 70 000,— DM. Zu berücksichtigen sind 529,50 DM bevorrechtigte und 248 667,29 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Außerdem können 248,50 DM bevorrechtigte Forderungen, 14 570,89 DM Forderungen, deren Vorrecht bestritten ist und 33 043,69 DM nichtbevorrechtigte Forderungen — durch Zurückbehaltung — berücksichtigt werden, sofern deren Gläubiger binnen der Ausschlussfrist des § 152 KO (2 Wochen) dem Konkursverwalter nachweisen, daß und für welchen Betrag Feststellungsklage erhoben oder das Verfahren in dem früher anhängigen Prozeß aufgenommen ist.

Das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Rotenburg (Fulda) — Konkursgericht — zur Einsicht der Beteiligten aus.

6440 Bebra, 18. 9. 1963

Der Konkursverwalter:
Rechtsanwalt Dr. Fischer,
Bebra, Bahnhofstraße 3

2719

81 N 236/63 — **Nachlaßkonkursverfahren**: Über den Nachlaß des am 26. 5. 1963 verstorbenen Philipp Karl August Weiss, zuletzt wohnhaft in Frankfurt (Main), Falkensteiner Straße 6, wird heute, am 18. September 1963, um 8.30 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsbeistand Karl Böhler, Frankfurt (Main), Am Ebelfeld 163, Tel.: 57 16 65.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Oktober 1963 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am: Freitag, dem 18. Oktober 1963, um 11 Uhr, Prüfungstermin: Freitag, den 1. November 1963, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. Oktober 1963 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 18. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

2720

Beschluß

81 N 183/63: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 16. 4. 1963 verstorbenen Zahnarzt Dr. Friedrich Hart-

ling, zuletzt wohnhaft in Frankfurt am Main, Hansaallee 118, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 18. Oktober 1963, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gr. Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 16. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 81

2721

N 8/58: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Dipl.-Ing. Wilhelm Jäckel, Gelnhausen, Spessartstraße 5, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

646 Gelnhausen, 12. 9. 1963

Amtsgericht

2722

N 1/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. EFU — Europäische Film-Union — in Schloß Hausen bei Salmünster wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 15. Oktober 1963 um 9 Uhr, anberaumt.

6483 Salmünster, 16. 9. 1963

Amtsgericht

2723

62 N 46/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Universum Buchhandlung Karl A. Scheidt und Frau Irene von Scheidt in Wiesbaden, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) Wiesbaden (Aktenzeichen: 62 N 46/61) niedergelegt.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt an bevorrechtigten Forderungen 98,— DM und an nichtbevorrechtigten Forderungen 27 053,35 DM. Hierfür ist ein Massebestand von 5508,87 DM verfügbar.

62 Wiesbaden, 20. 9. 1963

Der Konkursverwalter

Dr. Otto Eberler, Rechtsanwalt

2724

62 N 49/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gefra GmbH in Wiesbaden-Biebrich findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgerichts) Wiesbaden (Aktenzeichen: 62 N 49/62) niedergelegt.

Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt außer 12 601,65 DM bevorrechtigter Forderungen 140 820,40 DM an nichtbevorrechtigten Forderungen. Für letztere ist ein Massebestand von 7 177,87 Deutsche Mark verfügbar.

62 Wiesbaden, 20. 9. 1963

Der Konkursverwalter

Dr. Otto Eberler, Rechtsanwalt

2725

4 N 4/63 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 19. 2. 1963 in Eschwege verstorbenen, zuletzt in Bad Soden-Allendorf, Freiherr-vom-Stein-Str. 15, wohnhaft gewesen Textilingenieurs und Kaufmanns Adolf Stracke, Inhaber der im Handelsregister eingetragenen Firma Weberei Bad Soden-Allendorf Adolf Stracke, ist heute am 14. 9. 63, um

9.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Linker in Kassel, Wolfsschlucht 31.

Konkursforderungen sind bis zum 14. 10. 1963 bei dem Gericht in zweifacher Ausfertigung anzumelden. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 23. Oktober 1963, um 9.30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Witzenhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 5. 10. 1963.

343 Witzenhausen, 16. 9. 1963

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2726

K 6/63: Die im Grundbuch von Dortelweil, Band 11, Blatt 620 und Band 12, Blatt 630, eingetragenen Grundstücke bzw. die dem Schuldner Adolf Frank gehörige ideelle Hälfte

Nr. 2, Gemarkung Dortelweil, Blatt 620, Flur 7, Flurstück 66, Bauplatz Im Weitzesgrund, Größe 20,00 Ar (die ideelle Hälfte des Adolf Frank),

Nr. 2, Gemarkung Dortelweil, Blatt 630 Flur 7, Flurstück 65, Hof- und Gebäudefläche, Im Weitzesgrund, Größe 28,00 Ar, sollen am 14. November 1963 um 15 Uhr, im Bürgermeistereigebäude in Dortelweil durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. Juni 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Blatt 620 Adolf Frank, Frankfurt (Main)-

Eschersheim, zu 1/2, dessen Ehefrau Hilda geb. Müller, daselbst, zu 1/2, Blatt 630 Adolf Frank, Frankfurt (Main)-Eschersheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 16. 9. 1963

Amtsgericht

2727

K 8/63: Die im Grundbuch von Dortelweil, Band 11, Blatt 620 und Band 12, Blatt 630, eingetragenen Grundstücke

Nr. 2, Gemarkung Dortelweil, Blatt 620, Flur 7, Flurstück 66, Bauplatz Im Weitzesgrund, Größe 20,00 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Dortelweil, Blatt 630, Flur 7, Flurstück 65, Hof- und Gebäudefläche, Im Weitzesgrund, Größe 28,00 Ar,

sollen am 14. November 1963 um 15 Uhr, im Bürgermeistereigebäude in Dortelweil durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Blatt 620, Adolf Frank, Frankfurt (Main)-Eschersheim, zu 1/2 und dessen Ehefrau Hilda geb. Müller, daselbst, zu 1/2, Blatt 630, Adolf Frank, Frankfurt (Main)-Eschersheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 16. 9. 1963

Amtsgericht

2728

61 K 31/62: Das im Grundbuch von Weiterstadt, Band 35, Blatt 2061, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Weiterstadt, Flur 2, Flurstück 140/1, Hof- und Gebäudefläche, Heinrichstraße 33, Größe 4,61 Ar — Schätzwert des Gesamtgrundstückes: 29 700,— Deutsche Mark —

soll am 21. November 1963 um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Juni 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Heinz Klinger, Weißbinder, Weiterstadt, Heinrichstraße 33, b) Wilma Klinger, geb. Dietz, dessen Ehefrau, daselbst.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 18. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 61

2729

84 K 38/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 33, Band 56, Blatt 2190, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 560, Flurstück 487/155, Hof- und Gebäudefläche Sachsenhäuser Landwehrweg 57, Größe 6,60 Ar, am 4. Dezember 1963 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Juni 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): A) Polizeibeamter Alfred Ferdinand Morgott, B) Vertreter Erich Ernst Morgott in Frankfurt (M.), in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 92 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 13. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 84

2730

K 8:62: Das im Grundbuch von Dorheim, Band 19, Blatt 1055, eingetragene Grundstück

Nr. 7, Gemarkung Dorheim, Flur 1, Flurstück 126, Lieg.-B. 481, Geb.-B. 153, Hof- und Gebäudefläche, Friedberger Str. Nr. 15, Größe 5,38 Ar,

soll am Freitag, 22. Nov. 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Kaiserstr. 96, Zimmer 27, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. März 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hertha Hein, geb. Schutt, Ehefrau des Schmiedemeisters Heinrich Wilhelm Hein, Dorheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 33 890,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 28. 8. 1961

Amtsgericht

2731 Beschuß

K 3/62: Die ideelle Miteigentumshälfte der im Grundbuch von Wörsdorf, Band 27, Blatt 914, eingetragenen Grundstücke:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wörsdorf, Flur 29, Flurstück 146, Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 6, Größe 3,79 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wörsdorf, Flur 49, Flurstück 155/16, Hofraum, Im Entenpfuhl, 3,25 Ar,

soll am 12. November 1963 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein (Taunus), Gerichtsstraße 1, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 4. 1962

(Tag des Versteigerungsvermerks): Schreinermeister Hans Kofalck in Wörsdorf (Taunus).

Der Wert der Grundstückshälfte wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt a) bzgl. lfd. Nr. 1 auf 7100,— DM, b) bzgl. lfd. Nr. 2 auf 725,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

627 Idstein (Taunus), 18. 9. 1963

Amtsgericht

2732

5 K 15/62: Das im Grundbuch von Sprendlingen, Band 82, Blatt 5022, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Sprendlingen, Flur 10, Flurstück 117/11, Lieg.-B. 4288, Hof- und Gebäudefläche, Schlagfeldstraße 16, Größe 8,09 Ar,

soll am Freitag, dem 29. November 1963 um 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen (Hessen), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. Juli 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ruth Eckert, geb. Heßler, in Sprendlingen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 44 800,— Deutsche Mark (Beschuß vom 5. September 1962).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

607 Langen (Hessen), 18. 9. 1963

Amtsgericht

2733 Beschuß

K 9/62: Das im Grundbuch von Bebra, Band 56, Blatt 1913, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bebra, Flur 8, Flurstück 174/2, Hof- und Gebäudefläche, Nürnberger Straße 68, Größe 2,89 Ar,

soll am Freitag, dem 13. Dezember 1963 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Rotenburg (Fulda), Untertor Nr. 2, Zimmer 8a, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Oktober 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Paul Dörschel in Bebra.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 141 530,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6442 Rotenburg (Fulda), 13. 9. 1963

Amtsgericht

2734

61 K 19/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 18. November 1963, um 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden das im Grundbuche von Biebrich, Band 22, Blatt 400, (eingetragene Eigentümer am 20. Mai 1963, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks:

a) Dipl.-Kaufmann Alfred Seilberger in Wiesbaden-Biebrich — in ungeteilter Erbengemeinschaft nach Auguste Leonhardt zu $\frac{1}{3}$, f) Dipl.-Kaufmann Alfred Seilberger in Wiesbaden-Biebrich zu $\frac{1}{3}$, g) Frau Hermine Schleyer, geb. Leonhardt, in Wiesbaden-Biebrich zu $\frac{1}{3}$, h) Frau Hermine Schleyer, geb. Leonhardt, in Wiesbaden-Biebrich, i) Willi Leonhardt in Wiesbaden-Bierstadt, Kanzelstr. 3, — zu h) und i) in ungeteilter Erbengemeinschaft nach der Witwe Emma Piepenbrink wie bisher zu d) — eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 9, Flur 57, Flurstück 15 2, Hof- und Gebäudefläche, Rathausstraße Nr. 47, Größe 2,32 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 13. 9. 1963 Amtsgericht

2734 a

Berichtigung

K 3/63: In der Veröffentlichung StAnz. Nr. 37 S. 1083 muß der 3. Absatz richtig lauten:

Hemfurth, Flur 7, Flurstück 47 5, Lieg.-B. 174, Bauplatz, Das Linge, 6.87 Ar, 359 Bad Wildungen, 6. 9. 1963 Amtsgericht

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



Druck-, Schreib-, Rotaprint- und Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparentpapiere
feine Büttenspapiere

DRISLER & Co

6000 Frankfurt am Main-Hausen, Postfach 88
Telefon Sammel-Nr. 770006 · FS: 0413128

Vereinigte Papierwarenfabriken GmbH.



Frankfurt/Main, Hauptgüterbahnhof
Ladestraße III, 9-11, Telefon 331373

... die Lieferanten für
Briefhüllen und Versandtaschen

ZINTGRAFF OHG

Wiesbaden
Neugasse 17
Tel. 59588

Ihr Lieferant für:

Öfen, Gas-, Kohle-, Elektroherde, Kühlschränke,
Waschmaschinen, komplette Kantinen-Einrichtungen
HY-LO & THURINGIA, Papier- u. Abfallverbrenner

Verlangen Sie bitte Angebot!



RUDOLF MEER GMBH
Eschenheimer Anlage 23

sitzmöbel- tische
großraumbestuhlung
raumtextilien

Frankfurt/Main
Fernruf 559733

Sonderdruck 40/62

Inhalt:

Durchführung des Bundesbaugesetzes

Richtlinien für die Aufstellung von Bauleitplänen

— Bauleitplan-Richtlinien —

Stückpreis 1,20 DM und —,20 DM Versandkosten Lieferung bis zu 5 Exemplaren nur gegen Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 143 60, Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden. Auf dem Einzahlungsabschnitt Bestellung genau bezeichnen.

Staats-Anzeiger, Wiesbaden,

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon Sammel-Nr. 5 96 67

Andere Behörden und Körperschaften

2735

Aufforderung: Herr Karl Würkner, Ffm.-Eschersheim, Linderring 33, hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches 14-12571 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 23. 9. 1963

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN



A.H. Bokemeyer
TANKANLAGEN • ÖLFUERUNGEN

Frankfurt/Main, Franziusstraße 24
Telefon 44132, 439239

2736

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: 1. Elisabeth Lenz, Hetzbach, das Sparkassenbuch Nr. 10097 Wilhelm Lenz, Hetzbach; 2. Anna Lelfermann, Mümling-Grumbach, das Sparkassenbuch Nr. 6/1215 Gerhard Lelfermann und Ehefrau Anna geb. Becker, Mümling-Grumbach.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Gretel Scheeder geb. Schlabach, Michelstadt, Sparkassenbuch Nr. 24/2 (17243); 2. Elisabeth Rudel geb. Michel, Hiltersklingen, Sparkassenbuch Nr. 11924; 3. Hildegard Seeger geb. Horn, Michelstadt, Sparkassenbuch Nr. 4/1321; 4. Harald Link, Sandbach, Sparkassenbuch Nr. 2/6121.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6122 Erbach (Odenwald), 20. 9. 1963

Kreissparkasse Erbach i. Odw.
Der Vorstand

2737

Aufforderung: Frau Emmy van den Boom, Korbach, hat die Kraftloserklärung des auf den Namen Peter van den Boom, Korbach, Marktplatz 2, ausgestellten Sparkassenbuches Nr. 28161 der Hauptstelle Korbach beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

354 Korbach, 17. 9. 1963

Kreissparkasse Waldeck in Korbach
Der Vorstand

2738

Aufforderung: Für folgendes Sparkassenbuch ist die Kraftloserklärung beantragt worden. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Sparkassenbuch Nr. 24695 der Eheleute Hermann Demmer und Pauline geb. Lommel, Wetzlar, Neustadt 47.

633 Wetzlar, 19. 9. 1963

Kreissparkasse Wetzlar
Der Vorstand

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Sonderdruck
33/59

Öltankrichtlinien

Stückpreis DM 1.—
u. DM -.20 Versandkosten
zu beziehen
gegen Voreinsendung des
Betrages vom
Staats-Anzeiger
62 Wiesbaden,
Herrnmühlgasse 11 A

Dipl.-Ing. Rüd. Groll

BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.
FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHENER STR. 12 - RUF: 331412

WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

PLANUNG - BERATUNG
FÜR

STADT - GEMEINDE - INDUSTRIE

Fragen Sie uns bei Beleuchtung von Straßen



G. Schanzenbach & Co. GmbH. - Frankfurt/Main W 13

Verwaltungsgebäuden
Schulen
Sportsstätten
Gebäudeanstrahlung

Gebrüder Sorg
Holzbauwerke

Baracken-, Hallen-
und Fertighausbau

6361 Gemünden/Taunus

Kreis Usingen

Tel. Rod a. d. Weil 06083-341
od. 289

639 USINGEN/Ts. Tel. 06081-681
6292 WEILMONSTER/Ts.
Tel. 06472-247

August May

Bagger- und Raupenbetrieb

Schwer-Flüssigkeitstransporte • Öltankverlegung

Transporte - Sand und Kies

Frankfurt/M. • Arnsburger Str. 58-62 • Tel. 435274-494338

Gebr. Schinkel OHG.

ELEKTROBAU HOCH- UND NIEDERSpannungsanlagen

WIESBADEN Fabrikation mod. Leuchten - Einzelhandel in Radio- u. Elektrogeräten

Wiesbaden-Erbenheim, Mainzer Straße 1 Fernruf 74324

Wintrich - Feuerlöscher

Seit über 50 Jahren bestens bewährt

DEUTSCHE FEUERLÖSCHER-BAUANSTALT WINTRICH & CO, BENSHEIM • Fernruf 2466

2739

Aufforderung: Der Bevollmächtigte der Nachgenannten hat die Kraftloserklärung des nachstehenden Sparkassenbuches beantragt: Katharina Wölky, Kassel-Wilhelmsh., Sparkassenbuch Nr. 11/47296.

Der oder die Inhaber des vorgenannten Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 16. 9. 1963

Kreissparkasse Kassel
Der Vorstand

2740

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 16. September 1963 sind die nachgenannten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1. Sparkassenbuch Nr. 104850, Käthe Horn, geb. Beckrath, Offenbach (Main)-Bürgel; 2. Sparkassenbuch Nr. 6-15363, Philomena Heger, Offenbach (Main)-Bürgel; 3. Sparkassenbuch Nr. 56854, Gisela Bopp, geb. Klinger, Offenbach (Main); 4. Sparkassenbuch Nr. 60316, Philipp Adolf Krafft, Offenbach (Main); 5. Sparkassenbuch Nr. 4-15125, Heinrich Bläsing, Offenbach (Main).

605 Offenbach (Main), 16. 9. 1963 Städtische Sparkasse Offenbach (Main)
Der Vorstand

2741 Öffentliche Ausschreibung

FRANKFURT (MAIN): Die Lieferungen und Leistungen für die Verlegung einer Wasserleitung zur Versorgung der im Bau befindlichen Tank- und Rastanlage Medenbach an der Bundesautobahnstrecke Köln—Frankfurt (Main), km 149, sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.

Sie umfassen ca. 755 m Wasserleitung NW 100

und ca. 2030 m NW 125, einschließlich der erforderlichen Formstücke.

Bewerber werden gebeten, bis spätestens zum 1. 10. 1963 schriftlich mitzutellen, ob sie die Unterlagen abholen oder ob sie Postzustellung wünschen.

Beleg über die Einzahlung von 20,— DM an die Staatskasse in Frankfurt (Main), Postscheckkonto 6821 Frankfurt (Main), ist der Mitteilung beizufügen. Der Einzahlungsbeleg wird mit dem Angebot zurückgegeben. Für Selbstabholer werden die Ausschreibungsunterlagen am 2. 10. 1963 von 9 bis 15 Uhr im Autobahnamt Frankfurt (Main), Nebenstelle Steinweg 9, III. Stock, Zimmer 79, ausgegeben.

Der Submissionstermin ist am 15. 10. 1963 um 10 Uhr.

6 Frankfurt (Main), 20. 9. 1963

Autobahnamt Frankfurt (Main)
Münchener Straße 4—6

2742**Einstellung von Beamtenanwärtern für den mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst**

Zum 1. April 1964 ist bei meiner Behörde die Einstellung von

Regierungssekretäranwärtern
und**Regierungsinspektoranwärtern**

vorgesehen.

Das Mindestalter für den mittleren Dienst ist 16 Jahre, für den gehobenen Dienst 18 Jahre. Das Höchstalter für beide Laufbahnen beträgt 30 Jahre. Für Regierungssekretäranwärter ist der erfolgreiche Besuch einer Volksschule, für Regierungsinspektoranwärter der erfolgreiche Besuch einer Realschule oder ein entsprechender Bildungsstand erforderlich. Die Auswahl der Bewerber für beide Laufbahnen erfolgt durch eine Eignungsprüfung im November 1963.

Die Ausbildungszeit beträgt für Regierungssekretäranwärter 2 Jahre und für Regierungsinspektoranwärter 3 Jahre. Während des Vorbereitungsdienstes wird ein Unterhaltszuschuß gewährt und zwar für ledige Regierungssekretäranwärter 239,— DM, für ledige Regierungsinspektoranwärter 285,— DM monatlich.

Dem Bewerbungsgesuch sind beizufügen:

- ein handschriftlicher Lebenslauf,
- eine beglaubigte Abschrift des letzten Schulzeugnisses,
- ggf. Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung.

Die Bewerbungen sind bis spätestens 15. Oktober 1963 zu richten an:

Regierungspräsident in Darmstadt, Luisenplatz 2
— Personaldezernat —.

Kelkheimer Möbelmesse vom 28. 9. bis 6. 10. 1963

Über 35 Jahre • Das Haus der guten Polstermöbel

Heinrich SCHRIMPF

Polstermöbelwerkstätte • Möbel und Kleinmöbel • Kelkheim (Taunus) • Ruf 32 58

Ausstellung und Verkauf: Frankfurter Str. 82 • Werkstätte Mühlstr. 19

EUGEN GROMBACH

Möbelwerkstätte • Haus moderner handwerklicher Möbel

6233 Kelkheim/Ts. • Ausstellungsräume Frankfurter Str. 49 • Tel. 2438

Moderne Möbel

Wohnzimmer • Schlafzimmer

Polstermöbel • Küchen

Kleinmöbel sowie Sonderanfertigungen
jeder Art

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,— und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber 04-186 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,20 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,— und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages (s. unten). Anzeigenschluß: montags 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962, Umfang der Ausgabe 20 Seiten

Zahlung für Einzelstücke nur an den Verlag Kultur und Wissen
GmbH., 62 Wiesbaden, auf Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr.

14360